

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk.
 frei ins Haus, vorausbezahlt. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezugs: Monatlich
 1,50 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostpreußen-Ansatz
 2.— Mk. für das übrige Ausland
 4,50 Mk. monatlich. Berlin ins Post
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 Mk.
 Postbestellungen nehmen an Bismarck,
 Hofland, Burgstraße, Schweden
 und die Schwed. Eintragsstellen in die
 Post-Verkehrs-Verträge.
 Verzeichnis folgt.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Leihbibliothek des Monatsheftes
 50 Pf. „kleine Anzeigen“, das
 ist gedruckt Wort 30 Pf. (zuletzt
 2 gedruckt Wort), jedes weitere
 Wort 15 Pf. Einmalige und
 Schlußzeilenanzeigen das erste Wort
 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Tagesanzeigen 20%
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Vereine - Anzeigen
 60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 SW. 68, Lindenstraße 3, abgelesen
 werden. Gedruckt von 4 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Dienstag, den 23. April 1918.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der Reichsfinanzminister für Angliederung Livlands und Estlands.

Berlin, 22. April. Sonntag, den 21. April 1918, kam die livländisch-estländische Abordnung im Großen Hauptquartier an. Die Abordnung bestand aus dem Herrn von Dellingshausen als Führer, Herrn von Ströck, als Vertreter der livländischen Landgüter, Herrn von Stever, als Vertreter der estnischen Landgüter, Herrn Bürgermeister Rehelampff, Arensburg, als Vertreter Döfel, Herrn Pastor Hahn-Keval, als Vertreter der Geistlichkeit, Herrn Bürgermeister Dehio und Keval und Herrn Stadtverordneten Tarsak aus Dorpat, als Vertreter der Städte außer Riga, Herrn Stadtverordneten von Sulmering und Kraftain, als Vertreter Riga, Herren Gemeindevorsteher Kurz, Oitaa und Waldmann, als Vertreter der Landgemeinden.

Der Reichsfinanzminister Graf von Hertling empfing die Abordnung zur Entgegennahme des feierlichen Beschlusses vom 12. April 1918. Hierauf antwortete der Reichsfinanzminister mit folgender Erklärung:

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich zu beauftragen geruht, Ihnen, den heute erschienenen Vertretern des gemeinsamen Landrats von Livland, Estland, Riga und Döfel, den warmen Dank für das durch Ihre Beschlüsse allerhöchster Person bewiesene Vertrauen auszusprechen. Der festliche Form der deutschen Truppen und der Friedensvertrag von Brest-Litowsk brachte Ihnen die Eröffnung von schwerer Bedrängnis und zugleich die Möglichkeit, diejenigen staatlichen Einrichtungen zu schaffen, die den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen.

Nachdem der vereinigte Landrat von Livland, Riga und Döfel als die von den verfassungsmäßigen Körperschaften berufene Vertretung der Bevölkerung dieser Länder sich vertrauensvoll an ihn gewandt hat, erklären Seine Majestät sich bereit, diesen Ländern den militärischen Schutz des Deutschen Reiches angeheben zu lassen und sie bei der

endgültigen Durchführung der Loslösung von Rußland wirksam zu unterstützen. Seine Majestät werden sobald gern bereit sein, im Namen des Reiches auch formell die losgelassenen Gebiete als selbständige Staaten anzuerkennen.

Seine Majestät begrüßen den von dem Landrat ausgesprochenen Wunsch, daß aus Rußland, Livland, Estland, den vorgelagerten Inseln und der Stadt Riga ein einheitlicher, geschlossener, monarchisch-konstitutioneller Staat mit einheitlicher Verfassung und Verwaltung gebildet werden soll und wollen gern mit Rat und Tat zur Durchführung dieses Zustandes helfen. Auch sind Seine Majestät gern bereit, die Schaffung eigener Landesinstitutionen für Livland und Estland zu erwünschen, die bis zum staatlichen Zusammenschluß der baltischen Gebiete die Verwaltung Livlands und Estlands führen sollen.

Mit besonderer Freude und Genehmigung hat es Seine Majestät erfüllt, daß sie dem Dankgefühl ihrer Länder durch den Wunsch Ausdruck verliehen haben, daß der neu zu bildende Staat dem Deutschen Reich durch eine Personalunion mit der Krone Preussens enger verbunden werden möge. Diese Bitte wird wohlwollend geprüft und die allerhöchste Entscheidung wird dem Landrat nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen mitgeteilt werden.

Seine Majestät werden ferner bereit sein, nach Loslösung der baltischen Gebiete von Rußland allerhöchst ihre Zustimmung dazu zu erteilen, daß zwischen dem Deutschen Reich und dem aus den losgelassenen Gebieten gebildeten Staat die erforderlichen Militär-, Münz-, Verkehrs-, Maß-, Zoll- und sonstigen Konventionen abgeschlossen werden. — Seine Majestät läßt den Landesvertretungen seinen kaiserlichen Gruß entbieten und ihren weiteren Arbeiten für die Entwicklung der von ihnen vertretenen Gebiete reichlichen Segen wünschen.

Aus den verschiedensten Gründen erhebt sich aufs neue die Frage, ob der Zustand, in dem wir mit Rußland leben, wirklich der Frieden ist. Unter dem Frieden verstand man vor dem Kriege einen Vertragszustand zwischen den Staaten, der für die Dauer seines Bestandes die Anwendung militärischer Mittel gegeneinander ausschließt. Auf den verschiedensten Gebieten des weiten russischen Reiches und unter den verschiedensten völkerrechtlichen Rechtsstiteln sehen wir aber deutsche Truppen in Bewegung nach vorwärts. Von diesen Gebieten gilt freilich nur noch eines nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk als ein Teil der russischen Republik, nämlich dasjenige Estlands und Livlands. Von ihm heißt es in dem von Rußland angenommenen Ultimatum:

Livland und Estland werden von russischen Truppen und Roter Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis Landesinstitutionen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Livland und Estland erfahren damit eine unterschiedliche Behandlung gegenüber Polen, Litauen und Kurland, von denen gesagt wird:

Vergeblicher feindlicher Angriff nordwestlich Böhune.

Berlin, 22. April 1918, abends. Amtlich.
 Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 22. April 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
 In den Schlachtfeldern östliche Infanterieunternehmungen. Versuche des Feindes, über den La Saffée-Kanal nordwestlich von Böhune vorzudringen, scheiterten in unserem Feuer. Nördlich von Albers nahmen wir 88 Engländer, darunter 2 Offiziere, gefangen und erbeuteten 22 Minenwerfer und einige Maschinengewehre. Der Artilleriekampf lebte nur in wenigen Abschnitten auf.

In der übrigen Front blieb die Geschäftstätigkeit in mäßigen Grenzen. Südwestlich von Altkirch machten wir bei einem Erkundungsvorstoß Gefangene.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
 Der Erste Generalquartiermeister.
 Lubadehoff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 22. April 1918. Amtlich wird verlautbart:
 Der Gesandtschaft an der Tiroler Südfront und in den sieben Gemeinden hält an.
 Der Chef des Generalstabes.

Aus der ehemaligen Zugehörigkeit dieser Gebiete zum russischen Reich werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal der Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

Diese Bestimmungen wurden dann in den Friedensvertrag übernommen. Es ist somit klar unterschieden zwischen Gebieten, die keinerlei Verpflichtung gegenüber Rußland haben, in deren innere Verhältnisse sich Rußland nicht einmischen darf, und andere, deren Verpflichtungen gegenüber Rußland weiter bestehen, in deren innere Verhältnisse sich Rußland einmischen darf. Zu den letzteren gehören Livland und Estland nur mit der Auflage, daß sie bis zur Wiederherstellung der staatlichen Ordnung von deutscher Polizeimacht zu besetzen sind. Das staatsrechtliche Verhältnis der beiden Länder zu Rußland bleibt durch die vorübergehend zu einem bestimmten Zweck vorgenommene Besetzung unberührt.

Das ist der klare Sinn des Friedensvertrags von Brest-Litowsk. Geistig Schwermütigen hat ihn obendrein noch der Vertreter des Staatssekretärs des Auswärtigen, Unterstaatssekretär v. d. Busche-Gaddenhausen, noch deutlicher auseinandergesetzt, indem er im Reichstag erklärte, daß Livland und Estland unter russischer Oberhoheit geblieben seien.

Was ist seither geschehen? Die herrschende Oberschicht der beiden Länder hat die heidnischen Freiheit, die ihnen unter der deutschen Besetzung verbleib, dazu benutzt, um für ihre Loslösung von Rußland und ihre Vereinigung mit Deutschland zu arbeiten. Eine Deputation dieser Herren hat sich nach dem Großen Hauptquartier begeben und dort dem Kanzler ihre Wünsche vorgetragen. Darüber wird nun das Obenstehende berichtet.

Darauf hätte der Reichsfinanzminister Personen, die nach der Erklärung des Auswärtigen Amtes unter russischer Oberhoheit stehen, ermutigt, die Loslösung ihrer Länder von Rußland zu betreiben und diesen die Personalunion mit Preußen, d. h. ihre Vereinigung unter demselben Monarchen in Aussicht gestellt. Das ist zwar nicht politisch aber völkerrechtlich daselbe, wie wenn der Reichsfinanzminister eine Deputation nach Angliederung Deutschösterreichs an Deutschland wohlwollende Unterstützung zugesagt hätte.

Der Frieden mit Rußland ist erst im März geschlossen worden. Die russische Regierung unterhandelte gar nicht mehr, sie erklärte, daß sie außerstande sei, Widerstand zu leisten und daher alle Bedingungen, die von deutscher Seite gestellt würden, annehmen werde. Die deutsche Regierung hatte es somit in der Hand, schon in Brest-Litowsk die Loslösung Estlands und Livlands von Rußland zu verfügen — warum hat sie das nicht getan, wenn sie jetzt, ein paar Wochen später nachkommt und erklärt, Estland und Livland müßten nun doch von Rußland losgelöst werden.

Die Sache hat, bei all ihrem ungeheuren Ernst, doch auch ihre komischen Reize. Denn eine solche Auffassung eines

soeben erst abgeschlossenen Vertrags — daß er einfach von einer Seite revidiert werden könne — ist noch nicht vorgekommen. Wer kann da sagen, was noch in den nächsten Wochen von Rußland „losgelöst“ werden wird, wenn die Anexionisten so munter bleiben wie bisher. Eine Zeitung würde es sich nicht erlauben können, sich so von Tagesereignissen hin und her werfen zu lassen, ihre Leser würden sie auslachen. Die Politik eines großen Reiches in schwerster Zeit wird aber so betrieben, daß man heute nicht weiß, was morgen kommt und ob übermorgen ein gestern geschlossener Vertrag noch gilt.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland kann nach alledem nicht als ein vertragsmäßiger Friedenszustand betrachtet werden, sondern nur als ein derzeit gegebenes Machtverhältnis. Der eine nimmt, was ihm gefällt, und der andere hält still, weil er nicht anders kann. Man denke sich dieses Verhältnis vom Osten auf den Westen übertragen — was bedeutet das? Den Völkerfrieden? Nein, den aus Erschöpfung liegengelassenen Krieg! Es bedeutet die deutsche Machtherrschaft über den europäischen Kontinent, aber nicht auf Grund geschlossener Verträge, sondern auf Grund der Tatsache, daß der deutsche Soldat der einzige ist, der noch auf den Beinen steht. Ein Ziel, das den nationalpolitischen Ehrgeiz reizen kann, in dem aber der weiterbildende um das Wohl seines Volkes besorgte Politiker kein Ideal erblicken wird. Frieden — das bedeutet doch nicht nur, daß weniger geschossen wird, sondern es bedeutet die Rückkehr der Menschheit von Gewalt, Unfreiheit, Not zu Vertragsrechten, Freiheit im wachsendem Wohlstand, es bedeutet die Rückkehr der draußen stehenden Millionen aus dem Wehrstand in den Nährstand. Das ist der Frieden, den wir suchen — und der ist auch im Osten noch nicht erreicht!

29 Tage Fernbeschießung von Paris.

Paris, 21. April. „Excelsior“ beziffert die Opfer der Beschießung von Paris durch weittragendes deutsches Geschütz auf insgesamt 854, nämlich 118 Tote und 236 Verwundete. „Excelsior“ bemerkt, diese 29tägige Beschießung erinnere an die Beschießung von Paris im Jahre 1871, die 22 Tage dauerte und im ganzen 474 Opfer forderte, 105 Tote und 269 Verwundete.

Paris, 22. April. (Havas-Meldung.) Das weittragende Geschütz legte Sonntag die Beschießung von Paris fort. Es sind keine Opfer zu verzeichnen.

Sonnino zu den österreichischen Friedensversuchen.

Rom, 21. April. (Stefani.) Am Schluß der gestrigen Kammer Sitzung hat Sonnino den Abgeordneten Ciriani, nicht auf seiner Interpellation betreffend den neulichen Streit zwischen Clemenceau und der österreichisch-ungarischen Regierung über Vorschläge der Feinde zu Friedensverhandlungen zu bestehen, und gab dabei etwa folgende Erklärung ab:

Die italienische Regierung, die von ihren Verbündeten über diese verschiedenen Versuche unterrichtet worden ist, hatte niemals etwas dagegen einzuwenden, sie gab den Verbündeten ihre unbedingte Heberzeugung zu verstehen, daß diese Vorschläge und Unterredungen keinen praktischen Zweck haben könnten. Die Regierung hat stets geglaubt, daß es sich um Wandel des Feindes zu dem doppelten Zweck handelte, Mißtrauen und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten zu schaffen und das natürliche Gefühl der Niederlage, das jede Nachricht von Friedensverhandlungen unter der Bevölkerung hervorzurufen könnte, zu Kriegszwecken auszunutzen.

Bei der Zusammenkunft in St. Jean de Maurienne am 19. April 1917 haben wir mit unseren Verbündeten in den allgemeinen Richtlinien die Versuche Österreich-Ungarns geprüft, bei einer oder der anderen der alliierten Mächte einen Sonderfrieden zu erlangen und befanden uns in voller Heberzeugung. Man bemerkte in einer besonderen schriftlichen Verhandlung, daß es unzulässig sei, in Verhandlungen einzutreten. Dies hätte bei der damaligen Lage eine schwere Gefahr mit sich gebracht und die Festigkeit des Bündnisses gefährdet. Heutzutage hat sich die italienische Regierung niemals unmittelbar oder mittelbar in irgendeiner Weise an einer ähnlichen Fühlungnahme mit dem Feinde beteiligt. Ich erkläre dies auch, um sofort das hinterlistige Gerücht abzuschneiden, das der Feind oder die Flummelei (Doktrinen) aller Mächten über die angeblichen und von Österreich angebotenen Bedingungen oder über Verhandlungen mit ihm in dem Königreich verbreiten ließen. (Beifall.) Es wäre heute nicht zweckmäßig, weitere Einzelheiten zu berühren, um nicht Erörterungen zu veranlassen, die allzuleicht den hinterlistigen Zwecken unserer Feinde dienen könnten. (Lebhafte Beifall.) Ich

Bitte also den Abgeordneten Ciriani, nicht auf seiner Interpellation zu bestehen, die ich auf keinen Fall würde annehmen können.

Abgeordneter Ciriani erklärte sich mit diesen Ausführungen Sonnino einverstanden.

Die Veränderungen in der englischen Regierung.

Die *Newspaper* *Times* aus London erzählt, ist man in verschiedenen Kreisen mit den Veränderungen in der Regierung sehr einverstanden. Man nimmt an, daß die Regierung sich wegen wahrscheinlicher Schwierigkeiten in Irland fester in den Sattel zu setzen wünscht. Die Aufnahme von Chamberlain, der schon dem Ausschuss für den Somerville-Entwurf angehört hat, wird, wie man hofft, dazu beitragen, den Weg zu Somerville zu bahnen. In unionistischen Kreisen findet der Plan viel Widerspruch, aber man denkt, daß Chamberlain sich um einen Ausgleich bemühen werde. Ein Teil der Unionisten betrachtet ihn als Leiter. Sein Anschluss wird in vollem Umfange Somerville zugute kommen, das genügt, um zu verstehen, weshalb durch und durch sonnerliche Forderungen, wie „Morning Post“, die Somerville unbedinglich bekämpfen, die Ernennung ablehnen.

Aber noch andere Einflüsse sind am Werke; die wütende Kritik der *Northcliffe-Blätter* über Chamberlain's Eintritt in das Kabinett kann nicht in derselben Weise erklärt werden. „Times“ und „Daily Mail“ haben nicht vergessen, daß Chamberlain vor kurzem im Parlament den ungeduldrigen Einfluss gewisser Zeitungen und die engen Beziehungen des Premierministers zu ihnen bekämpft. Aus demselben Grunde erklärt die radikale Presse ihre Befriedigung über die Ernennung, weil sie darin eine Abweisung *Northcliffe's* sieht. Es steht aber nach Chamberlain's dahinter, was den gemäßigten Gruppen aller Parteien zuzugelt. Diese Kritik der *Northcliffe-Blätter* und diese ministeriellen Veränderungen machen den Eindruck, als seien sie von beschränkter politischer Bewegungen blickt.

Chamberlain gilt überall als erster Mann mit guter Begabung, aber er hat nichts von der Genialität seines Vaters. Er ist der durchschnittliche Friedenszeitpolitiker, der jetzt für einen hohen Posten aussersehen ist, weil er immer im Staatsdienst gewesen ist. „Times“ schreibt: Was von dem Kriegskabinett geleistet worden ist, ist von Wilson und Lloyd George geleistet worden. Selbst die, die sich über Wilson's Politik geäußert haben, glauben, daß er ein außerordentlich geschickter Mann von großem Verwaltungsgeschick ist. Man erwartet deshalb von seiner Amtsnahme große Dinge. Man glaubt, daß vor allem sein Mut und sein Talent, vielversprechende Männer zu Mitarbeiter zu nehmen, mit dem Schlenker der Heberlieferung und dem Wandelungsweisen im Staatssekretariat für den Krieg auszuräumen wird. Es bleibt nur zweifelhaft, ob Chamberlain ein genügender Geschäftsmann ist und ob er für die allgemeine Leitung der Angelegenheiten ausreicht.

Unabhängige Beurteiler halten die Ernennung von Derby zum Vizekanzler von Waris für ein Zeichen, daß Lloyd George dann und wann auf die alte phantastische Methode zurückkommt. Es ist die Frage, ob die Laufbahn des jetzigen Earl of Derby auf etwas anderes als Stellung und Tradition beruht. Man ist ziemlich allgemein der Ansicht, daß seine Verwaltung des Staatssekretariats für den Krieg sich durch Schwäche auszeichnet habe. Der Kampf zwischen Robeson und der Regierung ist zum großen Teil ohne Rücksicht auf ihn geführt worden; seine Stellungnahme dazu war schonend. Er hat sich sofort widersprochen und die Anhänger Robertsons, wie „Morning Post“, beschuldigt ihn, den General nicht unterstützt zu haben, um seinen Posten zu behalten. So war es auch jetzt; als er sich schließlich dazu entschloß, als Staatssekretär für den Krieg abzutreten, wurde er mit dem Vizekanzlerposten in Paris getrostet, als ob Vornehmheit und höhere Würde dazu ausreichten seien.

Zwischen ihm und der Regierung für ihre irdische Politik eine andere Unterhaltung als die Chamberlain's in Irland zu haben. Die Lage in Irland hat sich schnell entwickelt. Die unersöhnliche Haltung der katholischen Hierarchie macht die Aussichten für die Regierung hundertmal schwieriger.

Erregung in Irland.

London, 21. April. (Neuter.) Die Polizei entfernte gestern alle Waffen und Munition aus den Wäffenschmiedeleben in Dublin. Wie gemeldet wird, ist eine ähnliche Maßregel in ganz Irland durchgeführt worden.

London, 21. April. (Neuter.) Der irische nationalistische Abgeordnete Deakin sprach in Belfast vor einer Menge von mehreren Tausenden und forderte die Iren dringend auf, in jeder Weise dem Wehrpflichtgesetz die Anerkennung zu verweigern. Wenn sie diese Haltung einnahmen, sagte Deakin, würden sie nur dasselbe tun, was die Ulstermänner gegenüber Somerville getan hätten.

London, 21. April. (Neuter.) In ganz Irland predigte gestern die ganze Geistlichkeit gegen die Wehrpflicht. Viele Priester nahmen noch dem Gottesdienst großen Volksmengen einen Eid auf den Widerstand gegen die Wehrpflicht ab.

London, 22. April. (Neuter.) „Daily Chronicle“ erzählt aus Carl: Die Militärbehörden übernahmen die hauptsächlichsten Eisenbahnen, Postämter und Telephonbureaus in Irland.

Holland und die Friedensbewegung.

Haag, 20. April. In der Antwort auf den Kommissionsbericht in der Ersten Kammer über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen führt die holländische Regierung über die Friedensbewegung aus: Die Regierung zaudert nicht vor der Friedensbewegung, doch trägt sie der auch durch die Kammer zum Ausdruck gebrachten Ansicht Rechnung, daß, wenn die Regierung sich in dieser Sache ankert, dies nur im gegebenen Augenblick geschehen darf. Die Idee eines Staatenbundes wird von der Regierung weiter verfolgt; dieses Problem, insbesondere der Vorschlag einer Liga zur Erzielung des Friedens, wird jetzt in der Kommission beraten, die feinerzeit zur Vorbereitung einer dritten Friedenskonferenz ernannt wurde.

Die Lage an der Westfront.

Frankfurter Heeresbericht vom 21. April nachmittags. Die Artillerietätigkeit hielt am linken Rheinfluss ebenso wie in der Mitte zwischen Mondidier und Royon an. Ein deutscher Handstreich nördlich von Reims wurde abgewiesen. Der Kampf dauerte während der Nacht in der Gegend von Seicheprey an. Die Franzosen eroberten fast das ganze verlorene Gebiet zurück. Amerikanische Einheiten, die mit unseren zusammenkämpften, wiesen ebenfalls einen deutschen Angriff im selben Abschnitt ab. Mehrere Handstreich wurden von französischen Truppen in Lothringen und in den Vosgen ausgesetzt.

Frankfurter Heeresbericht vom 21. April abends. Keine Infanterie-Unternehmung. Im Laufe des Tages beiderseitige

Artillerietätigkeit an verschiedenen Stellen der Front an der Somme, Aves. Diese sowie auf dem rechten Ufer der Maas. Nördlich von Seicheprey wurden unsere Linien vollständig wiederhergestellt. Der Feind beschießt Reims, von wo mehrere Brände gemeldet wurden.

Englischer Heeresbericht vom 21. April nachmittags. Feindliche Angriffe während der Nacht auf einen unserer Posten südlich des Scarpe-Flusses wurden nach kurzem Kampf zurückgeschlagen. Der Versuch der Feinde, nördlich von Hoven vorzudringen, wurde durch unsere Artillerie vereitelt. Gestern abend führten wir ein örtliches Gefecht in der Nachbarschaft von Robeca aus, in welchem durch unsere Truppen eine Anzahl Feinde getötet, einige Gefangene einbracht und Maschinengewehre erbeutet wurden. Feindliche Artillerietätigkeit hielt gestern nachmittags und abend in den Abschnitten an der Somme und der Aves und in der Nachbarschaft des Sa-Passé, Kanals an.

Englischer Heeresbericht vom 21. April abends. Heute früh fand in der Gegend von Robeca ein örtliches Gefecht zu unserem Vorteil statt, wobei die feindlichen Truppen erfolgreich aus einigen ihrer vorgehobenen Posten herausgedrängt wurden. Die feindliche Artillerie zeigte in dieser Gegend beträchtliche Tätigkeit. Außer beiderseitiger Artillerietätigkeit in verschiedenen Abschnitten verlief der Tag an den anderen Teilen der britischen Front verhältnismäßig ruhig.

Die Lage in Finnland.

Er mordung des Kriegministers der finnischen Revolution

Stockholm, 22. April. Die „Stockholms Tidningen“ aus Haparanda erzählt, haben die Roten Gardisten ihren Kriegsmminister Kaapalainen ermordet, angeblich weil sie unter seiner Führung so große Verluste erlitten haben. Kaapalainen war vor der Revolution Vertrauensmann der Sägeterfearbeiter und wurde zuerst Zivilminister und später Kriegsmminister der Roten.

Nach täglich eintreffenden zuverlässigen Nachrichten soll das Vorgehen der Weißen Truppen gegen die gefangenen Roten Soldaten sehr grausam sein. General Mannerheim scheint das von ihm zu Beginn des Bürgerkrieges angeführte schonungslose Vorgehen gegen seine Gegner wahrhaben zu wollen. Dabei legt er sich über alle völkerrechtlichen Bestimmungen der Behandlung von Kriegsgefangenen vollständig hinweg. Die harten Strafen der weiblichen Todesbattalione angenommen, die das gleiche Los mit ihren männlichen Kameraden teilen müssen. Besonders blutdürstig zeigen sich die Weißen gegen die Kriegsgefangenen russischen Soldaten. Dieses Vorgehen der feindlichen Weißen hat in weitesten Kreisen der skandinavischen Länder, auch in solchen, die gegen die Revolution der Roten waren, eine große Mißstimmung und Erbitterung erregt. Im Stockholmer „Sozialdemokraten“ wendet sich Branting in überaus scharfer Weise gegen diese Behandlung befehlter Gegner. Vor allem weist er auf die ungeheure Erregung hin, die hierdurch in Rußland entstehen wird, und die zu künftigen Revolten Anlaß geben wird. Man müsse damit rechnen, daß Rußland nicht ewig im Zustand der gegenwärtigen Enfristung bleiben wird. Ferner glaubt Branting voraussetzen zu können, daß auch in Deutschland Stimmen gegen eine Kriegsführung nicht fehlen werden, die die Barbarei so weit treibt.

Es ist zu beachten, daß die Weißen eine von bekannten konservativen Persönlichkeiten Schwedens einseitige Hilfeexpedition, an der sich auch Sozialdemokraten beteiligen wollten, abgewiesen haben.

Rache an den Kriegsschuldigen!

Bukarest, 21. April. In der Moldau hat sich unter der Leitung Liga Vasentilor (Bund der Eltern) eine Vereinigung gebildet, die mit äußerstem Nachdruck die Bestrafung jener fordert, die Rumänien in den Krieg gezwungen haben. Der neue Bund richtet an die Bevölkerung einen Aufruf, in dem in leidenschaftlichen Worten der Erbitterung breiter Schichten des Volkes gegen die Politiker, die das Land ins Unglück führten, Ausdruck gegeben wird. Der Aufruf führt folgende Programmpunkte des neuen Bundes an: 1. Der Bund treibt keine Politik, er ist aus dem Schmerz und der Trauer der Nation hervorgegangen. 2. Der Bund wird von der Regierung verlangen, daß sie sofort nach Friedensschluß die Politiker zur Verantwortung ziehe, die das Vertrauen des Landes mißbrauchten und das allgemeine Unglück verschuldeten. 3. Das Vermögen der schuldigen Politiker soll beschlagnahmt und für Unterstützung mittelloser Eltern benutzt werden, die ihre Söhne im Kriege verloren haben.

Die Aktion dieses Bundes ist ein neues Zeichen der erregten inneren politischen Stimmung Rumäniens. Alle Mächtigkeiten des Kampfes gegen die reaktionären Nachbarn von gestern werden ausgenutzt. Die Erbitterung des Volkes über die Kriegsschleichen organisiert sich und fordert wachsende Demonstrationen.

Branting und Lensch gegen den „Vorwärts“.

Im Stockholmer „Sozialdemokraten“ vom 18. April richtet Branting in einem langen, „Die letzte Kapitulation“ betitelten Artikel wiederum Angriffe gegen die deutsche Sozialdemokratie und gegen den „Vorwärts“, der jetzt keine andere Lösung sehe als den militärischen Sieg in Weimar. Der deutsche Freisinn und das Zentrum seien schon früher von der Juliresolution abgefallen, die deutsche Wehrheit folge ihnen jetzt nach. Ein Frieden durch militärischen Sieg mit Friedensbedingungen, die durch das Schwert auferlegt werden — wie z. B. der vierzehn Teilung Polens — habe bisher als nationalistisches Programm geollt und sei von der Sozialdemokratie überall bekämpft worden. Die deutsche Wehrheit belenne sich jetzt zum vollen deutschen Sieg im Westen, mit offenen Augen dafür, was dieses für Belgien bedeute und welche „Ergänzungen“ auf französischem Boden zugunsten der weltlichen Industriemagnaten er in sich schließe. Statt des Verständigungsfriedens, zu dem sich auch die deutsche Wehrheit während des ganzen Krieges bekannt habe, werde jetzt ein Frieden vorbereitet, der wenn irgend einer seit Napoleons Tagen das gerade Gegenteil davon bedeute: „Und die deutsche Sozialdemokratie findet nicht die Kraft — oder vielleicht nicht die Energie — nein zu sagen. Sie stellt sich abseits und enthält sich der Stimme. Aber auf diesem Weg der Verhöhnung gibt es kein Zurück. Der „Vorwärts“ ist jetzt soweit gegangen, daß er gegen Wilson, der in abschließend maßvoller Sprache doch die Wahrheit über West-Bitowol gesagt hat, auch das Letzte, nämlich den Verständigungsfrieden über Bord geworfen hat. Es ist ohne weiteres klar, daß eine Partei, die auf diese Art das Selbstbestimmungsrecht der Völker preisgibt, sich selbst aus der Internationale ausschließt, die trotz aller militärischen Siege und Niederlagen doch

eines Tages wieder aufgerichtet wird ein stärkerer Nachfaktor in der Welt als je werden wird.

Auf der anderen Seite schreibt in der „Globe“ Lensch:

In der ganzen Welt ist der Eindruck der deutschen Siege ungeheuer, und wie ein Beben geht es über die Erde. Was sich hier vollendet, ist mehr als ein militärischer Erfolg, es ist eine weltpolitische Umwälzung allergrößten Formats. Das hat selbst das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie begriffen, und nachdem es vor kurzem erst noch die deutschen Siege als das einzige Hindernis zum Frieden bezeichnet hatte, schreibt es jetzt umgekehrt, nur der baldige völlige Sieg Deutschlands biete den Weg zum Frieden. Dieses jammerwürdige Schauspiel ist freilich nur das notwendige Ergebnis einer Politik, die für den „Vorwärts“ seit Kriegsbeginn charakteristisch war und in der die Erziehung der Straße und Stadhagen durch Stampfer nur eine Veränderung in der Couleur, aber nicht in der Art war. Diese Politik war gekennzeichnet durch ihre absolute Weenlosigkeit, durch ihren unweilenden Mangel an Gedanken und Geist, von Mut Welt als je werden wird.

Januar wieder lam der weinerliche Spießbürger heranz, der anknagend die Arme zum Himmel erhoht ob der Schlichkeit und der Unvernunft dieser Welt, der heute dieser, morgen jener Mission nachsieht, immer betauernd, daß er die unerschore, die absolut gewisse Wahrheit in den Händen trage. Wann hätte er es gemagt, die schlechthin vernichtende Kritik, die unlängst das wissenschaftliche Organ der Partei, die „Neue Zeit“ an den oben zitierten Worten von „Parlamentarismus“ und nun gar von „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ vollzog, seinen Lesern vorzuführen, geschweige sie zu widerlegen! Und jetzt, wo die Geschichte selber das andere ebenso geltsvolle Schlagwort vom „Verständigungsfrieden“ blutig kritisiert, ist der „Vorwärts“ gezwungen, sich vor aller Welt zu desavouieren und den deutschen Sieg als die unerschoreliche Voraussetzung des Friedens zu feiern, der jedoch erst als seine absolut sichere Verhinderung gebremst worden war. Zum Beweise aber dafür, daß auch hier nicht etwa eine bessere Einsicht endlich durchgerungen, sondern wie immer nur eine gedankenlose Phrase vorgetragen wurde, schrieb der „Vorwärts“ einige Tage später, als die Presse seinen Stellungswechsel konstatierte, davon könne keine Rede sein, er habe nichts anderes gesagt, wie er immer gesagt habe, und wer das nicht begreife, habe vom Sozialismus eben keine Ahnung.

Die Lebensart, wer das nicht begreife, habe vom Sozialismus keine Ahnung, entstammt nicht unserer Wortschöpfung. Solche aufgeschobene Schulmeisterlei hat jetzt im „Vorwärts“ nicht das Wort, Sachlich sei bemerkt, daß von einem Stellungswechsel des „Vorwärts“ keine Rede sein kann. Er ist stets, wenigstens unter seiner jetzigen Redaktion, für den Erfolg der deutschen Kriegsführung, aber gegen seinen politischen Mißbrauch zur Unterdrückung fremder Völker eingetreten. Wegen des ersten wird ihm Branting immer des Verrats an der Internationale geiden, was aber das zweite betrifft, so fürchten wir nächstens in der „Globe“ zu lesen: „Gegen die Unterdrückung fremder Völker — das sei auch nur so eine gedankenlose Phrase wie Parlamentarismus, Selbstbestimmungsrecht und Verständigungsfrieden.“

Was „Wilson's maßvolle Sprache“ betrifft, auf die sich Branting beruft, so sei daran erinnert, daß Wilson in jener Rede Gewalt, Gewalt bis zum Neuesten, Gewalt ohne Grenzen“ proklamiert hat. Darauf antworteten wir, gegenüber dieser Politik kann es auf deutscher Seite nur einen Wunsch geben, den Sieg Deutschlands.

Im übrigen können sich Branting und Lensch vlesicht direkt miteinander auseinandersetzen!

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 21. April. Im östlichen Teil des Kermellkanals, auf der Linie, auf der vorwiegend die Kriegsmaterialtransporte des Feindes vor sich gehen, hat eines unserer U-Boote, Kommandant Oberleutnant z. S. Wargcha, den vollbeladenen englischen Dampfer Highland Brigade (5688 Br.-Reg.-Tz.) und einen weiteren mindestens 5000 Br.-Reg.-Tz. großen Dampfer abgegriffen, den letzteren aus großem, stark gesichertem Geleitzug heraus.

Gesamttonnenzahl aus den neuerdings eingegangenen Meldungen: 15 000 Br.-Reg.-Tz.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Hollands Kriegsausgaben. Wie aus dem Haag gemeldet wird, hat Finanzminister Kruis in der zweiten Kammer erklärt, daß die Kriegsausgaben bereits eine Milliarde Gulden überschritten haben, und darauf hingewiesen, daß sie auf anderthalb Milliarden steigen würden. Augenblicklich könne nicht an eine teilweise Demobilisierung gedacht werden, sobald aber die Befehle für Holland vermindert sei, werde man sich die Frage vorlegen können, ob nicht eine teilweise Demobilisierung geboten erscheine.

Holländische Leidtragende des russischen Staatsbankrotts. Der Minister des Auswärtigen gibt bekannt, daß er bei der deutschen Regierung anfragen ließ, ob nicht mit der Ukraine eine bestreidende Regelung für die holländischen Besitzer russischer Staatsschuldverschreibungen getroffen werden könne.

Konstantin Streer, der im Kampf gegen das alte System in Rumänien im letzten Jahre stark in den Vordergrund trat, ist einflussreich zum Vorsitzenden des parlamentarischen Landparates gewählt worden. Der rumänische Gesandte für Schweden und Dänemark, George Deruffi, ist seines Postens enthoben und zur Verfügung gestellt worden.

Der Verfallener Kriegsrat. Paris, 21. April. (Havas.) Infolge verschiedener Veränderungen in letzter Zeit bilden den Verfallener Kriegsrat nach dem „Echo de Paris“ jetzt General Belin für Frankreich als Vorsitzender und als Mitglieder General Cadville West für Großbritannien, Kobilar für Italien und Witz für die Vereinigten Staaten.

Der Indische Nationalkongress erklärte in einem Telegramm an den Premierminister und den Vizekönig in Delhi, daß Indien allein noch fünf bis zehn Millionen Mann stellen könne.

Reichstag.

150. Sitzung, Montag, den 22. April, nachmittags 3 Uhr. Am Bundesratspräsidenten: v. Payer, v. Breitenbach. Vizepräsident Dr. Baasche begrüßt das Resultat der 8. Kriegsankleihe. Eingegangen ist das Arbeitsammergesetz und die Novelle zur Gewerbeordnung betreffend Aufhebung des § 168. Hierauf wird die zweite Beratung des Staats der Verwaltung der Reichseisenbahnen fortgesetzt. Hg. Gargh (SP.) bespricht die Verhältnisse der Beamten bei den Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen. Der Kassamer-

Der feine Tabak.

Schon hebt der Zugführer die Hand. In der nächsten Sekunde muß der Zug abgehen. Also 'rein in das nächste beste Abteil.

Zum Unglück war es ein Raucherabteil dritter Klasse. Zwar, zum Unglück. Denn so wenig man heute in den Kaffeehäusern von dem „braunen Trank der Levante“ sprechen kann, kann man in Raucherabteilungen von dem „braunen Kraut Havanna“ sprechen. Nicht mal Wälder, nicht mal Ufermark!

In dem Abteil dampfte, schlozete, braute, wirbelte ein grün-gelb-blauer-grauer Nebel wild-furiosisch durcheinander. Alle Mann rauchten, nur einer nicht. Der saß in der Ecke, hatte eine Pfeife im Munde und rauchte kalt. Gegen diesen einen kam ich zu stehen.

Ob auch die Kafe hierhin und dort hin schnüffelte, es war ganz vergeblich, aus dem Duft auf das Kraut zu schließen. Und diese absolute Ungeheimtheit wurde immer fürchtbarer, je länger man stehen und einatmen mußte.

Was nur rauchten diese modernen Männer? War es Dypfen? Waren es getrocknete Kohlrüben? Waren es Schweineborsten?

Aber nun nahte sich, Gott sei Dank, eine Station, an der es stets leer im Abteil wurde. Da erhob sich der Raucher ein wenig, entsanderte sein Pfeiflein, sog gar mächtig und — uff — flog mir der Dampf wie eine Kraterwolke um den Schädel.

Oba, was war das für ein Rauch? Was — war — das nur — für ein — Duft? Wahrhaftig, ein Duft. Nicht von gutem echten Tabak. Ueberhaupt von keinem Tabak. Aber es war ein Rauch, der trotz Schärfe und Kege mir nicht unlieblich in die Nase ging.

Da kam die Station. Der Pfaffenmann rieg auch aus und blatte mir noch einen richtigen Väderdampf in die Nase. Dann war ich allein.

hm ... ja ... Wie ... wie war das doch? Und ... wann? ...

„Du, Edgar!“
 „Ja, was denn?“
 „Wo mag nicht mehr spielen.“

„Oh, warum denn nicht?“
 „No mir langweilig.“

„Na, egal, ich bleib noch und mach mir 'nen Cadosen.“

„Was womit willst Du 'n denn heizen?“
 „Wirst ja leben. Hell mit.“

Die beiden Jungen, der eine zehn-, der andere zwölfjährig, machten sich an die Arbeit und bald stand das Gebilde da.

„Na, und womit heizt Du?“ fragte wiederum der Jüngere.

„Kohle“, sagte Edgar und zog den Jüngeren mit sich fort.

Sie gingen durch den ganzen Garten und am Ende befestigten auf das freie Feld. Da stand ein großer Baumstamm mit weit-ausladenden Ästen. Der Boden rings unter den Ästen war mit zerhackten Ästen, teils braunen, teils halb grünen Blättern bedeckt.

„Die nehmen wir!“ befahl Edgar und die beiden Jungen blähten sich und trauten zusammen, was sie konnten.

Der Cadosen qualmte gefährlich und die Brüder sahen davor und stopften die Blätter nach.

Edgar hielt ein großes, ungebrochenes Blatt in der Hand und betrachtete es nachdenklich: „Ich weiß was. Ich mach' mir 'ne Zigarre.“

Und schon nahm er eine Hand voll Blätter, bräute sie zusammen und rollte sie in das große helle Blatt ein. Dann nahm er das würstliche Kunstwerk voll Andacht in den Mund und setzte es mit Andacht von der Handhölzern in Brand.

Der jüngere Bruder sah dem Tun des älteren mit herz-klopfender Spannung zu. Was würde das werden. Der Kellere aber sog, paffte und spie aus, immer in dieser Reihenfolge, mit Würde und Anstand.

Endlich konnte sich der Kleine nicht mehr halten: „Du, schmeckt es denn?“

Dem Kellere schien die Frage sehr gelegen zu kommen. Mit seltsam höflicher und verdichteter Stimme sagte er: „Aber selbstverständlich. Großartig. Willst Du mal kosten? Da ...“ Und hielt dem Bruder die dampfende Wurst an die Lippen.

Der Kleine biß hinein und sog dann, bläste den Rauch aus und schüttelte sich: „Ach ... nee ... das schmeckt nicht.“

„Quatsch, wenn du ein richtiger Mann sein willst, mußt du auch rauchen. Sonst biste man ne Memme. Da, versuch' noch mal.“

Der Jüngere gehorchte, überwand sich und sog. Und abwechselnd, mal der eine, mal der andere, brachten sie ihr Kraut zu Ende.

So grün und braun wie die Farbe der Walnuszblätter. So blau und grau wie der Rauch ihrer Zigarre wurde ihnen auch allmählich vor Augen. Und als die Zigarre zu Ende war und die Jungen sich erhoben, da wackelten und taumelten sie hin und her.

Als sie mit wirren verschwigtenen Garen, leuchten Händen, schlotterigen Beinen und verglöhten Augen ins Haus kamen, da schrie die Magd auf wie ein gestochenes Schwein. Und die Mutter schrie auch ein wenig und die liebe Großmutter jammerte.

Aber die beiden Jungen begeherten zur Küche und dann kamen sie ins Bett und schliefen, zitterten und schwigten, fröstelten und hatten Fieber, immer abwechselnd.

Am andern Morgen war dann alles wieder vorüber, was weit hinter den beiden Jungen wie ein schlummer Traum.

Stolz aber waren sie doch auf ihre erste gemeinsam gerauchte Zigarre aus Walnuszblättern.

Ja, natürlich ... selbstverständlich ... so war es: Der Herr mit dem Pfeiflein rauchte ganz bestimmt Walnuszblättertabak.

Darum kam mir der Rauch auch so bekannt vor. Den Edgar kannte ich auch sehr gut und der Jüngere war mein Bruder.

E. B. Zsojan.

Ein neues Mittel gegen die Syphilis!

Eine umfassende Bevölkerungsopferung wird nach den großen Verlusten dieses Krieges zu einer gebieterischen Pflicht für unser Volk. Vor allem muß auch der Kampf die weit verbreiteten und verheerenden Geschlechtskrankheiten mit größtem Nachdruck geführt werden. Die schlimmsten der Geschlechtskrankheiten, die Syphilis, wird heute mit Quecksilber und dem Ehrlich-Datschew-Salvarian behandelt. Aber weder das eine noch das andere Mittel führt sicher zu einer wirklichen Heilung, d. h. zu einer Vernichtung des Syphilis-erregers. Es kommt vielmehr nach der Quecksilber- sowie nach der Salvarianbehandlung zu Rückfällen, und es treten auch andere Krankheiten hinzu. Jedenfalls kann bis heute von einem durchaus zuverlässigen Heilmittel gegen die Syphilis nicht gesprochen werden. Infolgedessen wird es allgemeine Ueberdosisierung erwecken, wenn ein Late behauptet, im Besitz eines durchaus wirksamen, rückfälle und andere Vergiftungen ausschließenden Mittels gegen die Syphilis zu sein, und diese Behauptung in einer Eingabe an den Reichstagsausschuß für Bevölkerungsopferung geltend gemacht hat. Das Mittel soll in etwa zehnjähriger Tätigkeit erprobt sein und dauernde Heilerfolge erzielt haben. Frauen und Männer, die syphilitisch waren, haben angeblich nach der Behandlung mit dem Präparat auch völlig gesunde Kinder erzeugt. Durch einen Antrag an den Reichstag hat der Erfinder erreicht, daß sein Mittel vom Reichsgesundheitsamt oder einer anderen Behörde nachgeprüft werden soll. Der Umstand, daß er kein künstlicher Geschlechts ist, sollte ihn nicht von vornherein zur Misachtung vorurteilen. Es war nicht das erstmal, daß eine bedeutende Erfindung von einem Laien ausgeht.

Die Befreiung von der Leuz.

Die Bekämpfung der Rindböcker Rußlands stellt den deutschen Truppen auch viele Aufgaben, die in den Bereich der Gesundheits-Polizei fallen, und unter diesen wird die Entlausung wegen der drohenden Seuchengefahr besonders wichtig sein. Ein Entlausungsverfahren, das in großem Maßstab und unter ungleichartigen Verhältnissen angewandt werden soll, muß abgesehen von der sicheren Wirkung möglichst angelänglich und leicht erkennbar für das Bedienungspersonal sein, ferner muß es schon innerhalb kurzer Zeit erfolgreich wirken, überall und mit einfachen Mitteln ausführbar sein, geringe Kosten verursachen und das Desinfektionsgut möglichst wenig schädigen. Endlich muß, falls für das Verfahren chemische oder andere nicht allmähliche Stoffe in Frage kommen, ein genügender Vorrat davon ständig vorhanden sein.

Der Weg, flüchtige Stoffe, die einen niedrigen Siedepunkt haben, zu vergasen, schien der beste zu sein, um in möglichst einfacher Weise die Insekten und ihre Eier möglichst schnell abzutöten. In der Münchener Medizinischen Wochenschrift berichten nun Stabsarzt Dr. Baerlein und Oberarzt Dr. Seiffert über Versuche zur Entlausung mit Tetrachlorlohlenstoffgas. Entscheidend für die Wahl dieses Mittels war neben andern auch noch der Umstand, daß Tetrachlorlohlenstoff, der als Benzinerlack in der Heilkunde angewandt wird, in reichlichen Mengen zur Verfügung steht und für verhältnismäßig billigen Preis zu haben ist. Es handelt sich bei dem Verfahren der Ausdehnung mit Tetrachlorlohlenstoffgas nicht um eine einfache Giftwirkung gegenüber den Läusen, sondern um eine besondere Einwirkung. Interessant ist, daß die Eier durch dieses Mittel fast ebenso schnell abgetötet werden wie die Läuse

selbst. Die Anwendung ist sehr einfach und kann, was für Frontverhältnisse wichtig ist, von ungeschultem Personal nach einfacher Anweisung ausgeführt werden. Es bedarf keiner besonderen Apparatur und ist überall, wo Wäbden oder abgedichtete beheizbare Räume vorhanden sind, anwendbar. Die Einwirkungsdauer beträgt 40 Minuten. Vor dem Öffnen der Kammer und der Herausnahme der Gegenstände wird durch Zugzug in 5 Minuten das Gas entfernt. Bei vollbesetzter Kammer sind nur ca. 15-20 Kubikzentimeter Tetrachlorlohlenstoff für die gesamte Ausräumung eines Raumes nötig.

Die Honigbiene als Blütenbestäuberin.

Die fortschreitende Verarmung der Bienenweide ist die hauptsächlichste Ursache des Verfalls der Bienenwirtschaft bei uns. Heide, Moor und Nebelbüden, von denen wir immer noch fünf Millionen Hektar haben und die als Honigquelle von höchster Wichtigkeit sind, verschwinden immer mehr. Ueber die Unemlichkeit der Honigbiene für unser ganzes Wirtschaftsleben führt Professor Dr. Zander in einer Flugschrift der deutschen Gesellschaft für angewandte Entomologie (Herbertkunde) Tatsachen an, die es wohl verdienen, in der weitesten Öffentlichkeit verbreitet zu werden.

Wie unberechenbar groß der unmittelbare Nutzen der Bienen zum Bestäuben der Blüten ist, das hat man früher auch nicht einmal geahnt. Von unseren heimischen Blüten sind 10 Proz. Windblütler, fast der ganze Rest besteht aus Insektenblütern. Welche Rolle bei deren Bestäubung die Honigbiene spielt, mögen einige Beispiele lehren. Unter den blütenbesuchenden Insekten sind 21 Proz. Hummeln und einzeln lebende Hautflügler, 6 Proz. andere Insekten und 73 Proz. Bienen. An den Blüten eines Obstbaumes zählte man 0,7 Proz. Fliegen, Wespen, Ameisen, Käfer und andere Insekten, 5,1/2 Proz. wilde Bienen und Hummeln, dagegen 88 Proz. Honigbienen. Dazu kommt, daß diese müderrtliche Bestäuberinnen sind, weil sie in vollreifen Kolonien überwintern, nicht einzeln wie Hummeln und Wespen, und gleich im Frühjahr, besonders zur Zeit der Baumbüte im Mai und Juni, in ungeheuren Scharen auftreten. Die Honigbiene ist auch stetig in ihrem Besuche, indem sie sich möglichst lange bei einer Art aufhalten pflegt, eine für das Zustandekommen einer erfolgreichen Bestäubung äußerst wichtige Tatsache.

Selbstbestäubung liefert häufig keine Frucht, die aus Fremdbestäubung hervorgegangene Äpfel sind den anderen an Größe und Ansehen weit überlegen. In Wirschtreibhäusern, wo man früher die Bestäubung mühsam auf künstlichem Wege herbeiführte, stellt man heute für 1 bis 2 Tage ein Bienenvolk hinein. Die Folge ist oft ein sehr starker Fruchtanlag. In den Bananienplantagen des Kolonial ist die Bestäubung sicherer, der Preis der Früchte erheblich billiger geworden, seitdem man dort die Biene eingeführt hat. 80 Bienen sollen täglich 16 Millionen Bananenschoten bestäuben können. Auf Guadeloupe hat sich seit Einführung der Honigbiene der Ertrag der Kasse- und Kakaobäume verdoppelt.

Holzgen.

— Grünwald in Berlin. Das gewaltigste Stück deutscher Malerei: der berühmte Menheimer Altar von Dürers Zeitgenossen Mathias Grünwald ist seit Beginn des Krieges aus Kolmar zur Sicherung vor allen Gefahren nach München gebracht worden. Ein Einsehen H. D. macht nun in der „Voss. Bz.“ den Vorschlag, dies Werk ohne gleichen vorübergehend auch in Berlin auszustellen. Jeder, der früher die weite Reise nach Kolmar unternommen hat, um diesen Feuerwand tiefster Mystik und schärfsten Naturrealismus zugleich zu erleben, wird diesen Vorschlag aufs lebhafteste unterstützen. Für viele würde die Ausstellung eine Offenbarung werden, und auch für die Kämpfe um die neueste Kunstrichtung könnte dieser Flügellast ein gewichtig Zeugnis ablegen.

— Im Berliner Volks-Chor hält Dr. Max Deri am 21. d. M., abends 8 Uhr, im Kunstgewerbe-Museum, Prinz-Albrecht-Str. 6, einen Vortrag über Rembrandt. Eintrittskarten für 50 Pf.

— Vorlesung. Der Dichter Max Brod, den besonders sein Roman „Das Grab“ bekannt gemacht hat, wird am Mittwoch im „Meinings“ (Friedrichstr. 8 (Banleitplatz), aus neuen eigenen Dichtungen vorlesen.

— Die Sowjets und Tolstois Witwe. Die „Chicago Tribune“ erzählt aus Petersburg, daß die Sowjets beschloffen haben, der Witwe Tolstois bis zu ihrem Tode jährlich zweitausend Rubel zu bewilligen.

Pioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Dibring.

Sechstes Kapitel.

Der Lappe begann zu erzählen.

Lange, ehe du hierher gekommen bist, lange, ehe du angefangen hast, die Bahn dahinten zu bauen, als der Jäger noch der einzige Fremdling war, der zu uns kam, lebte Numona.

Es war auch lange, bevor ich auf die Welt kam, vielleicht auch vor der Zeit meines Vaters, Sarris, des Varenjägers. Seinen Namen hast du vielleicht gehört? Nicht? Er hat achtundzwanzig Varen mit dem Speer getötet. Ja, unsere Berühmtheit reicht nicht so weit. Sie bleibt in unseren Bergen.

Numona war ein Zauberer. Du glaubst doch an Zauberer? Du glaubst doch, daß manche Menschen größer Macht haben als andere, daß manche Menschen klüger sind als andere, daß sie Wind und Wetter deuten, daß sie Kranke gesund und Gesunde krank machen, daß sie Pest, Herzweh und Seuchen heilen können, daß sie mehr können als andere Menschen.

Numona war so ein Mann. Niemand weiß, wie alt er war. Alle erinnern sich seiner als eines alten Mannes mit langem, eisgrauem Haar und Bart, wie es das Juggrenntier unterm Bauch trägt.

Numona hatte viele Rentiere. Niemand hat sie gezählt. Im Sommer, wenn die Rälber geschneet werden, du weißt doch, zeichneten alle Lappen immer ein paar von ihren Rälbern mit Numonas Zeichen, einem Ring mit einem Strich, das bedeutete die Zaubertrommel und den Zauberstab. Hast du eine Zaubertrommel gesehen? Ach nein! Aber ich. Du wirst nie eine sehen. Nur Lappen dürfen sie schauen.

So wurde Numona Besitzer von unzähligen Rentieren. Und die Lappen waren mächtig. Und am mächtigsten war Numona. Sein Wort galt von der Küste bis zum Gebirge und über das Gebirge hinüber, dort über die Gipfel weg, bis hin zum Meer, wo die Gottesstraße geht.

Die Lappen waren mächtig. Wir besaßen große Herden, und an den Küsten im Westen und Osten tauschten wir Rentierfleisch und -häute, Schneehühner, Wolfsfelle und Varen gegen Holzzeug und Kasse. Auch gegen Silber und Gold zum Gürtel und gegen Ringe und Dolchschneiden.

Und gegen Stahl für Messer. Dann gingen wir wieder in die Berge.

Numona war groß. Numona war mächtig. Einen Sohn hatte er, einen einzigen, einen rotwangigen Sohn, der ein gewandter Schneehühler war. Wie der Sohn hieß, fragst du. Das weiß ich nicht. Das hat niemand behalten. Man kennt nur Numona. Es gibt nur Numona und Numonas Sohn. Und Numona hatte den Sohn lieb, lieber als alles.

Fleisch war immer in unseren Töpfen, und Markknochen, die du wohl kennst, waren unser Alltagsessen.

Da kam das Unglück. Man sagt, daß es immer dann kommt, wenn es dem Menschen am besten geht. So war es bei uns. Das Unglück hieß damals die Pest.

Weißt du, was Rentierpest ist? Du weißt sonst so viel. Das ist etwas Schreckliches. Schneelawinen können gefährlich sein, und ebenso die Hungersjahre, wenn der Lapschnee zu Eis friert und die Rentierhufe vergebens gegen das Eis schlagen, um ans Moos zu kommen. Waldbrand ist auch gefährlich und warm. Aber so etwas wie die Pest gibt es nicht wieder, nichts.

Überall schleicht und nagt und frisst sie sich ein. Stolz und groß ist die Herde. Die Hörner wogen und die Fesseln knirschen. Es ist eine Freude, eine Rentierherde dahinzugehen zu sehen. Zuerst die Juggrenntiere, die großen Tiere mit Hörnern wie ein Mannsarm, und dann die Kühe, und dann die kleinen tapsenden Rälber, und zu allerletzt die Kühe, die niemals kalben, die Kühe mit den vielzähligen Geweihen.

Ich sehe unsere Rentiere. Tausende und aber Tausende zogen an den Flüssen entlang von der Küste zum Hochgebirge. Voran gingen Numonas Rentiere. Immer voran, als kannten sie die Rentierpfade am besten. Oder vielleicht hatte auch Numona sie mehr Weisheit gelehrt, als andere getan. Was weiß ich!

Hier am See, am Rautaffärb, versammelten wir Lappen uns im Sommer. Wo du jetzt drei Felte liegen siehst, mochten damals wohl zwanzig, dreißig liegen, am Fuße des Berges dort gegenüber. Und hier opferten wir, opferten dem großen Gotte Rentiere, opferten Silber von unserem Gürtel und Ringe von unseren Fingern, opferten, um alles Schlimme abzuwenden, denn wir fürhten, daß wir es zu gut hatten.

Der Rauch stieg aus den Zelten auf, die Rentiere liefen auf den Bergen umher, die Sonne ging nie unter und

wir waren — wie nanntest du es doch? — glücklich. Wir waren glücklich, wir waren gut. Das Böse kannten wir nicht. Aber wir wußten, daß es sich in den Spalten des ewigen Eises am Karfjagge versteckt hielt. Dort lauert das Böse.

Wir gingen nie diesen Weg. Nur Numona ging ihn. Numona und sein Sohn. Sie fürchteten nichts. Oder vielleicht waren sie auch mächtiger als selbst das Böse.

Wir waren gut, wir waren — glücklich. Den ganzen Tag lesen wir in den Bergen umher, um die Rentierfäber zu zeichnen. Dann war es gut, nach Hause zu kommen und imzelt Kasse trinken zu können, auf die Rentierhäute zu kriechen und zu schlafen. Und wenn die Männer wieder mit dem Fangseil in die Berge stiegen, spielten unsere Kinder am Strande, das Wurfseil um das Bams. Und die Fische gingen von selber ins Netz, sobald wir es nur ausgelegt hatten. Glücklich die Zeit!

Da kam das Böse, die Pest! Aber nicht eine Pest wie früher.

Schade, daß du dir nicht ausrechnen kannst, was das ist, die Pest. Du, der so viel ausrechnen kann. Obwohl, wenn Numona es nicht konnte — dann —

Die erste Kunde kam zu den Zelten, als der Fluß da hinten beim ersten Herbststregen stieg. Die Rentiere kamen von selbst von den Bergen herunter und drängten sich um die Felte zusammen. Ihre Augen stierten und ihre Körper zitterten, und dann fielen sie um und starben.

Wir suchten Heilkräuter im Schnee und gaben sie ihnen; wir schoren die Kleinsten, wir versuchten alles. Aber nichts half. Hunderte und Aberhunderte kamen von den Bergen herunter, die Rälber krächzten wie Schneehühner, alle um zu sterben, um zu sterben.

Nichts half. Und Numona war fort. Es wurden Voten ihm nachgesandt. Wir wußten, daß er im Westen unten am Meer war. Der Sohn ging hin. Er ging über die Eis-spalten des Bösen am Karfjagge. Der Sohn ging nicht. Er rannte. Am Abend des andern Tages war er mit dem Vater wieder da. Sie kamen den Weg herunter, beide groß und stämmig wie alle aus Numonas Geschlecht, erst der Sohn, leichtfüßig, rotbackig, mit schnellen Schritten wie ein wildes Rentier, dann Numona, ebenfalls eilend, aber grau-schwarz im Gesicht; und er trug die Zaubertrommel.

Frage der Eisenbahnverwaltung hätte vor dem Vertragsabschluss dem Reichstag vorgelegt werden sollen. Statt mit einer einzigen Firma wegen Übernahme der Westfalen zu verhandeln, hätte eine Ausschreibung veranstaltet werden müssen.

Abg. Graf Westarp (L.) erklärt die aus Anlaß des Vertrages der Eisenbahnverwaltung mit der Firma Hobbing erhobenen Angriffe für ungerechtfertigt. Der Antrag auf Revision ist gegenstandslos, da dazu die Einwilligung von Hobbing gehört.

Abg. Dr. Luard (Soz.):

Die Arbeiter wissen nichts von der 18prozentigen Lohn-erhöhung, von der der Minister vorgestern sprach. Träfe sie zu, wie niedrig müssen dann die Löhne 1913 gewesen sein! Haben wir doch heute noch bei der gegenwärtigen Teuerung bei den Eisenbahnarbeitern Löhne von 4,50 M. (Hört, hört! S. d. Soz.) Der Minister rühmt die Einrichtung von Arbeiteraus-schüssen. Aber immer noch müssen Eisenbahnarbeiter Re-zepte unterschreiben, daß sie nicht der sozialdemokratischen Partei angehören. Zu den Arbeiterausschüssen haben alle nicht ständigen Arbeiter kein Wahlrecht. (Hört, hört! S. d. Soz.) Die Frauenarbeit schätzt der Minister, wie er sagt; dann soll er auch für ange-messene Bezahlung der Arbeiterinnen sorgen. Die Ver-gnisse der Arbeiterausschüsse beschränken sich auf Beschwerden, zu beschließen haben sie nicht; ihre Vorstehenden sind meist Beamte. (Hört, hört! S. d. Soz.) — Die Auskunft des Ministers über den

Vertrag mit der Firma Hobbing

hat alle Parteien des Reichstags mit Ausnahme der des Grafen Westarp enttäuscht. Man kann eben nicht zwischen Hobbing als Ver-leger der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und Hobbing als Verleger „Schleierweg“ unterscheiden. Aus der Eisenbahnreklame hätte man mit großem Vorteil ein Monopolgeschäft für den Staat machen können. Wollte man aber das Geschäft Privatleuten übergeben, so hätte man eine Ausschreibung veranstalten müssen. Statt dessen ist ein Privatmonopol geschaffen wor-den, also die skrupelloseste und unwirtschaftlichste Art eines Monopols. Eine Revision dieses Vertrages ist keineswegs aussichts-los. Berühmte Legate der Minister, politische Schriften dürfte Herr Hobbing nicht auslegen. Den Eisenbahnminister zum Jenseit darüber zu machen, was politisch ist, was nicht, ist ein sehr gefähr-liches Experiment. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Die Vorwürfe wegen zu geringer Entlohnung der Eisenbahn-arbeiter sind ungerechtfertigt. Nicht weniger als achtmal hat seit dem 1. April die Verwaltung mit Lohnerhöhungen ein-gegriffen, und sie wird es sich weiter angelegen sein lassen, wenn es nötig sein wird. Gegenüber dem Abg. Luard stelle ich fest, daß die Höchstlöhne 1913 3,70 M. betragen und 1912 3,55 M. betragen werden. Der durchschnittliche Lohn betrug 1913 4,16 M. und wird 1912 3,80 M. betragen. Gegen den Vertrag mit Hobbing mag es politische oder geschäftliche Einwendungen geben, rechtliche gibt es nicht; daher ist für eine Revision kein Raum. Ich habe den Vertrag mit Hobbing abgeschlossen, weil er mir als eine Veranschlichtung von großer Energie und Umsicht bekannt ist. Ich verweise auch auf sein 1912 erschienenen aussehenerregendes Werk über die deutschen Eisenbahnen, das geradezu Meilensteine für die deutschen Eisenbahnen gemacht hat. Für einen solchen Vertrag ist es ganz unmöglich, auf dem Wege der Ausschreibung einen ge-eigneten Mann zu finden. (Sehr richtig! rechts.)

Die Debatte schließt. Die Resolution, welche die Revision des Vertrages mit Hobbing verlangt, wird abgelehnt, der Etat der Reichseisenbahnen wird genehmigt.

Es folgt der

Etat des Reichseisenbahnamts.

Vizekanzler v. Bahr:

Der Reichstag wünschte in einer Resolution, es möge eine Denkschrift über die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens aus-gearbeitet werden. Die Verbündeten Regierungen haben beschlossen, eine solche Denkschrift vorzulegen. Daß objektive Vorarbeit geleistet wird, ehe die gesamte Frage entschieden wird, daran haben auch die Verbündeten Regierungen ein Interesse. Wenn die Re-solution auch das Binnenwasserstraßenwesen gleich mit inbezugzieht, so halten die Verbündeten Regierung das nicht für zweckmäßig; denn die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens allein erfordert eine sehr umfangreiche Arbeit ebenso wie auch die Vereinheitlichung des Wasserstraßenwesens. Das sofortige Zusam-menreten der in jener Resolution beantragten Sachkommission er-scheint unpraktisch, bevor das Material, das sie bearbeiten soll, vorliegt. Die Bundesregierungen sind bereit, das Material zu liefern, erklären aber, daß es während des Krieges nicht angehe, in dieser Zeit müssen alle theoretischen Arbeiten zu-gunsten der praktischen Arbeit zurücktreten. Aber die Bestrebungen nach Vereinheitlichung haben im Kriege keineswegs stillgestanden, sondern es ist ihnen auf dem Wege der Einzelverein-barungen Rechnung getragen worden.

Abg. Ulrich (Soz.):

Die eben gehörte Erklärung enthält eine Verschleppung oder doch Verzögerung der Inangriffnahme der Arbeiten seitens der Kommission. Freilich, so wie im Frieden wird die Kommission nicht arbeiten können. Ihre Arbeit aber bis zum Frieden zurückzuführen, wäre recht bedenklich; denn gerade im Kriege haben sich Ver-hältnisse herausgebildet, die dringend der Abhilfe bedürfen. Der Vizekanzler hat jedoch zugelegt, daß den Vorschlag in der Sach-kommission der Präsident des Reichseisenbahnamts haben solle. Da-mit würde sie aber ganz unter den Einfluß des preussischen Eisen-bahnministers kommen, der zurzeit sogar dieses Amt mit wahr-nimmt. Der Reichstag muß darauf dringen, dem Reichseisenbahn-amt größere Selbständigkeit gegenüber dem preussischen Eisenbahnministerium zu verschaffen. Die Erklärung des Vize-kanzlers ist immerhin ein Erfolg des Reichstags; denn bisher hat er auf seine Wünsche nach Vereinheitlichung des Eisenbahn-wesens überhaupt keine Antwort bekommen. Aber zuzufrieden können wir damit auch nicht sein wegen der darin enthaltenen Ein-schränkung, die auf eine Verzögerung hinauskommt. Deshalb sollten wir die vorliegende Resolution Müller-Reinigen, die die sofortige Einberufung der vorgelegenen Sach-kommission wünscht, annehmen.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Op.): Die heute gehörte Antwort verschleibt die Angelegenheit auf den Donnerstag. Der Bundesrat will uns eine Denkschrift vorlegen, die von Beamten ausgearbeitet werden soll. Der Reichstag hat aber ausdrücklich eine solche bürokratische Denkschrift abgelehnt und eine von Männern der Praxis verlangt, von Geschäftsmännern, Militärs, Technikern, wobei nur einzelne Bureaukraten mitwirken sollen. Auf diesem Standpunkt müssen wir beharren. Der Verschlep-pungsaktivismus ist der unsinnigste und schädlichste. (Beifall S. d. Op.)

Minister Breitenbach: Herr Müller-Reinigen gegenüber be-weise ich auf die ungedruckten Leistungen der deutschen Eisenbahnen im Kriege. Es ist mir unerträglich, wie ein hervor-ragendes Mitglied dieses Hauses angesichts solcher Leistungen in dieser Zeit das deutsche Eisenbahnwesen derartig diskreditieren kann. (Sehr richtig! rechts.) Eine Einberufung der gewünschten Sachkommission ist bei der außerordentlichen Belastung des ge-samten Eisenbahnpersonals, auch der höheren Beamten, zwecklos. Da das nötige Material noch nicht vorliegt, würde sie zum reinen Diskussionsklub werden. An sich bin ich durchaus kein Gegner der Sachkommission. Aber angesichts der Leistungen der deutschen Eisenbahnen während des Krieges hat der Reichstag keinen Anlaß, durch Annahme der vorliegenden Resolutionen den Eisenbahn-verwaltungen ein Mißtrauensvotum zu erteilen.

Abg. Schirmer (Z.) wendet sich gegen die Resolution, die ein unberechtigtes Mißtrauen gegen die Eisenbahnverwal-tung bedeuete.

Abg. Schwabach (nat.): Eine Vereinheitlichung des Eisenbahn-wesens im Reich findet zurzeit in Preußen Widerstand.

Aber es ist sehr möglich, daß bei einem veränderten Wahlrecht die Mehrheit in Preußen der Mehrheit im Reichstag ähnlich wird, und dann wird auch die Stellungnahme Preußens in dieser Frage eine andere werden. Ein Mißtrauensvotum gegen die Eisen-bahnverwaltung liegt in unserem Antrag durchaus nicht.

Abg. Frhr. v. Camp (Dt. Fr.): Wir protestieren ebenfalls gegen die Aeußerung des Abg. Müller-Reinigen. Unsere Eisen-bahnen brauchen den Vergleich mit irgendwelchen Eisenbahnen der Welt nicht zu scheuen. (Bravol rechts.) Nebenher bespricht weiter die Kirchhoffschen Vorschläge.

Abg. Brandes (U. Soz.) bringt Klagen über zu geringe Be-zahlung und schlechte Behandlung des Eisenbahnpersonals vor und befürwortet die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens. Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Stubbmann (nl.) schließt die Debatte.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (persönlich) erklärt, er habe nicht von einem deutschen, sondern von einem internationalen Eisen-bahnbankrott gesprochen.

Die Abstimmung über die Resolution wird auf die dritte Lesung vertagt. Der Etat wird bewilligt, ebenso debattelos der Etat des Reichstags.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Dienstag 1 Uhr: Anträge. Steuervorlagen.

Schluß: 3 1/2 Uhr.

Die neuen Steuervorlagen und der Großhandel.

Die Bezirksgruppe Berlin des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels beschäftigte sich in einer außerordentlichen Ausschü-ßung unter dem Vorsitz des Herrn Kommerzienrat Paul Herz mit den neuen Steuervorlagen, insbesondere mit der Umsatzsteuer. Es wurde beschlossen, beim Präsidium des Zentralverbandes sofort dahin vorstellig zu werden, daß der Zentralverband die Wünsche des gesamten Großhandels einheitlich sammeln und dem Reichstag und den amtlichen Stellen zur Kenntnis bringen solle. Die vorliegenden Entwürfe müßten eine völlige Umgestaltung er-fahren, wenn nicht der Großhandel in seinem Lebensnerv zum Absterben gelangen soll. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß durch die jetzt vorgesehene Höhe der Umsatzsteuer das Konzen-trationsbestreben der Industrie ungemein unterstützt, der Anreiz zur Ausschaltung des Großhandels sehr gefördert und die aus-ländische Fabrikation viel günstiger gestellt würde als die in-ländische. Durch die Höhe der Zusatzsteuer würde der während des Krieges bereits außerordentlich zugenommene unretelle Kaufmanns-stand und die sogenannten privaten Verkäufe so begünstigt werden, daß jede mögliche Umgehung der Steuer und Ausschaltung des reellen Kaufmannshandels zu erwarten wäre.

Sozialdemokratische Anträge zum Militärstat.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Hauptaus-schuß folgende Anträge eingebracht: den Reichskanzler zu ersuchen,

1. zu veranlassen, daß die Entschädigung der auf Selbst-Verpflegung angewiesenen Mannschaften von 2 M. auf 2,50 Mark, in Berlin auf 3 M. für den Tag erhöht wird;
2. darauf hinzuwirken, daß den deutschen Kriegsgefan-genen die Zeit ihrer Gefangenschaft als Dienstzeit ange-rechnet wird;
3. daß jedem Angehörigen des Mannschaftsstandes, soweit ein Bedürfnis dazu vorliegt, bei der Entlassung aus dem Heeresdienst eine brauchbare Uniform und ein Paar gute Stiefel kostenlos über-lassen werden;
4. zu veranlassen, daß die Verordnung vom 24. Januar 1918 betreffend Wegfall von Zulagen scheinunglos aufgehoben wird;
5. mit aller Beschleunigung eine Erhöhung der Bezüge der militärischen Friedenspensionäre aus dem Mannschaftsstande her-beizuführen;
6. dahin zu wirken, daß den länger als drei Jahre dien-en den Mannschaften eine Zulage nach der Länge der Dienstzeit bemessen, gewährt wird.

Der ausgepeitschte Schnitter.

Ein mecklenburgisches Kulturidyll.

Wir haben hier schon einmal ausführlich über den Fall des Rittergutsbesizers Wilhelm von Dörken auf Roggow (Meckl.) berichtet, der vom Schöffengericht Neubukow wegen Mißhandlung zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. v. Dörken hatte an einem auf seinem Gut beschäftigten Schnitter W. wegen eines geringfügigen Getreidediebstahls eine körperliche Exekution voll-zogen, die an mittelalterliche Zustände aus der Zeit der Leibeigenschaft erinnert. v. Dörken hatte den Schnitter vor die Wahl zwischen Strafanzeige und kör-perlicher Bestrafung gestellt. Als der Schnitter sich für das letztere entschied, ergab v. Dörken mit ihm in den Gutspar-k, ließ ihn sich dort nackt ausziehen und band ihm die Hände mit einem Lederriemen an einem Baume fest. Darauf ver-setzte er dem Unglücklichen mit der Reigerte eine Anzahl wichtiger Stöße. Als der Mißhandelte vor Schmerzen um den Baum herumsprang, band ihn v. Dörken noch mit einem zweiten Lederriemen um den Leib fest. Im ganzen hat v. Dörken seinem Opfer etwa 50 Stöße versetzt. Der miß-handelte Schnitter war mehrere Tage lang arbeitsunfähig. Trotzdem war er von v. Dörken gezwungen worden, gleich nach der Exekution wieder an die Arbeit zu gehen.

Das Urteil des Schöffengerichtes Neubukow hatten wir als viel zu milde kritisiert. Es war denn auch von seiten der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden, aber auch vom Angeklagten, dem keine Strafe offenbar noch zu hoch erschien. Das Landgericht in Rostock sah den Fall denn auch als ernster an und erhöhte die Strafe auf zwei Mo-nate Gefängnis, wobei es besonders in Betracht zog, daß der Vorgang ein entwürdigender war und daß der Angeklagte nicht im Affekt, sondern mit voller Ruhe und Ueberlegung gehandelt hatte. Immerhin ist auch noch dieses Urteil als sehr milde anzusprechen, denn was wäre wohl her-ausgekommen, wenn ein paar Schnitter eine ähnliche Ex-ekution an Herrn v. Dörken vollzogen hätten?

Blinder Eifer.

Folgende tragikomische Geschichte hat sich dieser Tage in Langendorf bei Weiskensfeld i. Thür. zugehört. Der Reichs-bund der Kriegsgeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer wollte eine Versammlung abhalten, der aber in letzter Stunde die Geneh-migung verweigert wurde. Die erschienenen Kriegsgeschädigten begaben sich darauf wieder nach Hause, nachdem sie sämtlich zum Zeichen des Protestes dem Bunde beigetreten waren. — Wenige Minuten dar-auf erscheint der mit der Auflösung der Versammlung betraute Gendarmeriewachmeister. Er kann nichts finden und beginnt die Räumlichkeiten zu durchsuchen. Schließlich gelangt er in einen Saal,

in dem ein Sonntaglich gekleidetes Publikum, überwiegend aus jungen Mädchen und Frauen bestehend, versammelt ist, die Besichtigung einer Weizenfelder Schußbrille, die zufällig im gleichen Lokal stattfindet. Der Führer der Ordnung aber, in dem Glauben, hier endlich die verspönte Kriegsgeschädigtenver-sammlung gefunden zu haben, tritt ein und erklärt mit Donner-stimme die Versammlung für aufgelöst. Den Gästen aber wird zu-mute, wie jenem guten Mann, von dem Wilhelm Busch singt:

Ohne Hören, ohne Sehen
Steht der Gute plötzlich da
Und er fragt, wie dies geschehen,
Und warum ihm dies geschah.

Anfragen im Reichstag. Abg. Biffelli (Soz.) bringt in einer Anfrage ein Urteil des Landgerichts II Berlin zur Sprache, das auf eine Ausschaltung der Räteinrichtungsämter hinausläuft. Er fragt, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um den Zweck der Verordnung zum Schutze der Räte zu sichern. — Abg. Wein-hausen (Op.) fragt:

„In weiten Kreisen der jüngeren Kriegsteilnehmer herrscht Beunruhigung über angeblich vorbereitete Demobilisierungs-pläne der Heeresverwaltung, nach denen alle Kriegsteilnehmer, die während des Krieges freiwillig eingetreten sind oder einge-stellt wurden, bevor sie das 20. Lebensjahr vollendet hatten, nach der Demobilisierung zurückgehalten werden, um noch ihre ganze aktive Dienstzeit nachzuliefern. Ist der Herr Reichskanzler be-reit, hierüber Aufklärung zu geben?“

Eine weitere Frage des gleichen Abgeordneten bezieht sich auf eine Maßnahme des stellvertretenden Generalkom-mandos in Stettin, durch die der „Ostsee-Zeitung“ verboten wird, ausführliche Berichte von Nebenfortschrittlicher Abgeordneter zu bringen.

Die Vertreter der Mehrheitsparteien hatten am Montag eine längere Besprechung.

Letzte Nachrichten.

Die Gesichte bei Seicheprey.

Berlin, 22. April. Wie am 21. April gemeldet, wurde von den Deutschen das nach erfolgreicher Unternehmung gegen die Amerikaner eroberte Gelände bei Seicheprey planmäßig wieder geräumt. Der Gegner, dessen Grabenbesetzungen und Reservens so außerordentlich schwere Verluste erlitten hatten, schloß erst nach Mitternacht vorsichtig mit Patrouillen wieder vor und wagte erst am 22. April zwischen 5 und 6 Uhr vormittags seine alten Stellungen wieder zu besetzen. Die Angaben des Stabsberichts über die Kämpfe, vor allem über eine Wiedereroberung des verlorenen Geländes, sind freier erfunden. Die Franzosen sind, scheinbar aus politischen Gründen, ängstlich bemüht, die lediglich von den Amerikanern erlittene blutige Schlappe auf ihre Kappe zu nehmen. Ein Festhalten des erkrankten Ortes Seicheprey, der völlig im Grunde liegt und zur Verteidigung durchaus unge-eignet ist, war von der deutschen Führung nie geplant.

Englischer Heeresbericht vom 22. April nachmittags.

Zu früherer Nachtzeit wurde vom Feinde ein örtlicher Angriff, von schwerem Artilleriefeuer begleitet, gegen unsere Stellungen in der Nähe von Mesnil nördlich von Albert unternommen. Nach hartem Kampfe, in dessen Verlauf es dem Feinde gelang, einen unserer vorgeschobenen Posten zu nehmen, wurde der Angriff ab-gewiesen. Wir verbesserten ein wenig unsere Stellungen während der Nacht in den Abschnitten von Willers, Bretonneux, Albert und Robeca. Eine Anzahl erfolgreicher Streifzüge, die von uns an verschiedenen Punkten im Süden und Norden von Lens ausgeführt wurden, brachte Gefangene und Nachschub-menge ein. In verschiedenen Wäldern der britischen Front auf beiden Seiten beträchtliche Artillerietätigkeit. Das feindliche Ar-tilleriefeuer richtete sich hauptsächlich gegen unsere Stellungen zu beiden Seiten der Somme und Ancre, in dem Abschnitt von Lens, in der Nähe von Festubert und im Walde von Rieppe.

Minister Violette gegen Clemenceau.

Paris, 22. April. Die „Humanité“ berichtet, daß der Ver-pflegungsminister des Kabinetts Ribot Violette in den Wandel-gängen der Kammer Erklärungen abgegeben, in denen er scharf gegen Clemenceaus Politik Stellung nahm. Er verstohe nicht, was Clemenceau dazu treiben konnte, den Kaiserbrief zu ver-öffentlichen. Violette verurteilte gleichfalls die Po-litik Ribots aufs heftigste. Es sei unzulässig, daß Ribot den Brief bei sich behalten habe, ohne ein Dokument von derartigen Tragweite der französischen Regierung bekannt zu geben, während er es für richtig befunden habe, es Lloyd George und Sonnino mit-zuteilen. Es sei dies nicht nur eine geheime, sondern eine per-sönliche Politik. Ribot gegenüber hielt Violette mit diesen Ansichten nicht zurück. Er habe am 19. April 1917 einen Brief an Ribot gerichtet mit der Erklärung, er könne nicht energisch genug gegen sein Verfahren protestieren. Wenn Ribot unrecht gehandelt habe, sich zu weigern, mit der österreichisch-ungarischen Regierung Unterhandlungen anzubahnen, werde er allein die Verantwor-tung zu tragen haben. Jedenfalls sei seine Weigerung ein rein persönlicher Akt gewesen, von dem die französische Regierung nie-mals Kenntnis gehabt habe. Auf diesen Brief habe Ribot geant-wortet, er habe Poincaré gegenüber die Verpflichtung übernommen müssen, völlig zu schweigen zu demahren. Violette ant-wortete darauf, daß verantwortliche Regierungsoberhaupt habe nicht das Recht, solche Verpflichtung einzugehen.

„Humanité“ hebt die Wichtigkeit dieser Erklärungen nachdrück-lich hervor und fügt hinzu, dieser Weiswechsel sei vergangenem Mittwoch den versammelten Kommissionen vorgelegt worden.

Steuererhöhungen in England.

Amsterdam, 22. April. Wie ein hiesiges Blatt aus London vom 21. erfährt, wird Monar Law heute das Budget einbringen. Man erwartet Steuererhöhungen für große Einkommen, eine Erbschafts-, Bier-, Tabak-, Zucker- und vielleicht auch eine neue Steuer auf Luxus-waren, unter die auch teure Kleider gerechnet werden sollen. Es sind ungefähr 100 Millionen Pfund Steuereinkünfte erforderlich, die das Land müheelos auf-bringen wird, da die Einkünfte im vergangenen Jahre den Voranschlag des Budgets um 68 Millionen überstiegen und 134 Millionen Pfund höher als im vorigen Jahre waren.

Der irische Widerstand.

Amsterdam, 22. April. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: Man schätzt die Zahl der Personen in Irland, die sich durch das von den Wässern und politischen Führern vorgelegene Geländnis zum Widerstand gegen die Dienstpflicht verpflichtet haben, schon jetzt auf etwa 3 Millionen an.

Beschlagnahme der Schwarzen-See-Flotte.

Basel, 22. April. Nach einer Moskauer Parzelmessung erklärt ein Dekret sämtliche Handelsschiffe der Schwarzen-See-Flotte, d. h. 17 Einheiten mit 220 000 Tonnen Wasserverdrängung, als Eigen-tum der russischen Regierung.

Gewerkschaftsbewegung

Einigung der technischen Angestellten.

Der Weltkrieg hatte bekanntlich für die technischen Angestellten eine höchst besorgniserregende Zersplitterung ihrer gewerkschaftlichen Organisation zur Folge gehabt. Den Anstoß hierzu hatten die Kriegsmassnahmen gegeben, die der Bundesvorstand unmittelbar nach Kriegsausbruch zur Sicherung des Bundesvermögens beschlossenen hatte. Der Kern dieser Verhältnisse war die sofortige Aufhebung sämtlicher Unterstützungsansprüche der Mitglieder für die Dauer des Krieges. Ein Teil der Mitglieder erblickte hierin nicht nur eine Rechtsverletzung und persönliche Schädigung, sondern wegen der Einbeziehung der Arbeitslosen, Solidaritäts- und Gemahregelten-Unterstützung auch eine Preisgabe wichtiger gewerkschaftlicher Grundzüge. Die durch den Druck des Kriegszustandes begünstigte, vielschicht auch durch Gegenläufige aus älteren Konflikten genährte Leidenshaftigkeit, mit der die Meinungsverschiedenheiten zum Austrag gebracht wurden, führte schließlich nach Ausschaltung der Oppositionsführer durch einen Kriegszustand zur Zersplitterung eines Teils der Mitgliedschaft und zur Gründung einer Gegenorganisation. Diese Neugründung scheint trotz der Erschwerungen der Kriegszeit nicht erfolglos gewesen zu sein. Nebenfalls ist in der Mitgliedschaft angefaßt der immer drohender werdenden Ausfall einer dauernden Organisationszersetzung in wachsendem Maße das Verlangen nach Wiedervereinigung hervorgerufen. Dies hatte zur Folge, daß auch die Führer der beiden Organisationen die Schädlichkeit der Zersplitterung stärker empfanden und den für eine Annäherung unerlässlichen Gedanken der Versöhnung und des Ausgleiches Raum zu geben begannen. Gegen Ende des abgelaufenen Jahres sind dann zwischen den leitenden Körperschaften beider Organisationen unmittelbare Einigungsverhandlungen aufgenommen worden, die einen günstigen Verlauf nahmen. Im Januar d. J. sind durch einen Vorstandsbeschluss des alten Bundes die sogenannten „Kriegsmassnahmen“, der sachliche Anlaß der Zwistsigkeiten, aufgehoben und damit sämtliche Satzungsbestimmungen über das Unterstützungsweien wieder in Kraft gesetzt worden. (Am letzten Sonntag hat eine gemeinsame Sitzung der Vorstände des Bundes der technisch-industriellen Beamten und des Bundes der technischen Angestellten stattgefunden, die nach zehntägiger Tagung zu Beschlüssen geführt hat, die durch die Verschmelzung der beiden Organisationen durch Durchführung der abgesplitterten Mitgliedschaft in den alten Bund in absehbarer Zeit als gesichert angesehen werden kann.

Die bedingungslose Gleichstellung aller Mitglieder und die volle Anrechnung ihrer gesamten Mitgliedschaft unbeschadet zeitweiliger Zugehörigkeit zur Oppositionsgruppe und zum neuen Bunde war schon in vorausgegangenen Kommissionsverhandlungen festgelegt worden. Eine Schwierigkeit haben dagegen gewisse Forderungen auf Verfassungsänderungen, die von der Leitung des neuen Bundes im Hinblick auf bestimmte Erfahrungen in der Konfliktzeit verlangt wurden, um der Wiederholung ähnlicher Zwistsigkeiten nach Möglichkeit vorzubeugen. Es wurde aber eine Einigung erzielt, nachdem der Vorstand des N. L. B. erklärt hatte, daß er sich für einen fortschrittlichen, die Mitgliedschaftserrechte erweiternden Ausbau der Verfassung in Richtung der Vorschläge des N. L. B. mit allen Mitteln einsetzen wolle. Das einzige größere Hindernis, das hiernach noch geblieben war und an dem die Einigung zeitweilig zu scheitern drohte, war die Frage der bedingungslosen Mitgliedsaufnahme und Wiedereinstellung zweier zu Beginn des Konflikts entlassenen Beamten. Aber auch hier hat schließlich der Geist der Versöhnung den Sieg davongetragen dadurch, daß der Vorstand des alten Bundes sich bereit erklärte, diese beiden Bundesbeamten wieder einzustellen. Die Verschmelzung selbst soll in der Weise durchgeführt werden, daß sämtliche Mitglieder des Bundes der technischen Angestellten in den Bund der technisch-industriellen Beamten übernommen werden und daß dem ersteren bis zum Wollzug der neuen Wahlen auf dem ersten Friedensbundestage im Vorstand und in einer demnächst ins Leben zu rufenden Kommission zur Reform der Verfassung eine angemessene Vertretung eingeräumt wird.

Durch diese Vereinbarungen wird erfreulicherweise einem Zustand ein Ende gemacht, der nicht nur in den Kreisen der unmittelbar Beteiligten als ein schlimmer Mangel empfunden worden ist und dessen Beibehaltung namentlich in der Zeit des Ueberganges zur Friedenswirtschaft für die technischen Angestellten eine Gefährdung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung bedeutet haben würde. Damit eröffnet sich auch die Aussicht, daß diese schnellwuchsende Berufsgruppe, deren Arbeit durch die Menschenverluste dieses Krieges noch an Bedeutung gewonnen hat, sich nach dem Friedensschluß wieder mit geschlossener Kraft gegen die anscheinend niemals aufhörenden Anschläge der Arbeitgeber auf ihre persönliche Freiheit zur Wehr setzen kann.

Den politischen Streit und seine Rückwirkungen auf die Gewerkschaftsbewegung

behandelt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in seiner letzten Nummer. Am Eingang des Artikels wird auf den der Arbeiterorganisation anhaftenden Mangel der Zersplitterung in mehrere sich scharf befehdende Richtungen verwiesen. Im Gegensatz hierzu habe die wirtschaftliche Organisation des Unternehmertums unter dem Druck der Kriegsnöte einen privatmonopolistischen Charakter angenommen. Ein solcher Höchstgrad von Organisationen müsse die Kampfkraft der Unternehmer ungemein verstärken und in der Tat rechne man in Arbeitgeberkreisen schon lange mit einem Uebergewicht über die Gewerkschaften, das deren Errungenschaften während des Krieges zu erschüttern geeignet sei.

Die Lage der „Blöcke der Arbeitnehmerverbände“ dem Unternehmertum am schwersten auf der Seele, so zeigten sich neben dieser erfreulichen Einigung auch Anzeichen neuer Zersplitterung, die uns mit schwerer Sorge erfüllen müßten.

Wohl wären sich alle weitblickenden Führer der Arbeiterbewegung darüber einig, daß die Gewerkschaften die einheitliche wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse darstellen und sich daher von parteipolitischen Gegensätzen fernhalten müßten. Die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und später der Partei, welche letztere bisher zur Vertretung der sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Arbeiterinteressen in den gesetzgebenden Körperschaften mit den Gewerkschaften zusammengewirkt hatte, habe die Interessen der letzteren aufs tiefste berührt. Im Interesse der ein-

heitslichkeit der politischen Arbeiteraktion sei es die Pflicht der Gewerkschaften gewesen, gegen die Parteizersplitterung Stellung zu nehmen, die Spaltung zu beurteilen und zu bekämpfen. Die Gewerkschaften hätten dies im Sinne der Verteidigung der alten Partei und der Wehrheit der Reichstagsfraktion getan, weil deren Haltung gegenüber den Kriegstragen den Gewerkschaftsinteressen entsprochen habe. Daß die Widerstandshänger gegen diese Stellungnahme der Gewerkschaften Neutralität gepredigt, während sie früher die Gewerkschaftsneutralität beklamt hätten, beweise nur, zu welcher Abhängigkeitsrolle sie die Gewerkschaften beurteilten wollten.

Nachdem die Spaltung der Partei zur Tatsache geworden, sei den Gewerkschaftsleitungen nichts anderes übrig geblieben, als ihre sozialpolitische Interessvertretung auch weiterhin der alten sozialdemokratischen Partei anzuvertrauen und jede Übertragung der Zersplitterung auf die Gewerkschaften mit allem Nachdruck abzuwehren! An zahlreichen Beispielen wird alsdann in dem Artikel auf die Verwunde der Parteizersplitterer verwiesen, die Gewerkschafts-einheit gleichfalls zu untergraben. ... Alle jene Vorgänge zeigten die Gefahr, die der Gewerkschaftsbewegung aus der Hineintragung der parteipolitischen Streitigkeiten in ihre Reihen drohe. Jede Zersplitterung der Gewerkschaften sei ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, da sie diese in der bevorstehenden Wirtschaftsepöche, in der der Kampf mit überlegenen Unternehmensyndikaten und mit der monopolistischen Staatsgewalt geführt werden muß, ihren Gegnern wehrlos ausliefere. ... Zu der bestehenden Spaltung eine neue hinzuzufügen, heiße, das mühsame Werk von drei bis fünf Jahrzehnten vernichten und damit jede Aussicht auf eine kulturelle Aufwärtsbewegung. Das könne kein Verständiger wollen. Jedes ernste Nachdenken müsse zu dem Schluss führen, daß die gewerkschaftliche Organisation unter allen Umständen stark und kampffähig zu erhalten sei.

Die Berliner Textilarbeiter

hatten — wie aus dem in ihrer Generalversammlung am Donnerstag gegebenen Geschäftsbericht hervorgeht — zu Anfang des ersten Quartals einen Mitgliederbestand von 2270, der am Schluss des Quartals auf 2229 zurückgegangen war. Der Verlust von 41 Mitgliedern ist in Anbetracht der gegenwärtigen Zeitverhältnisse nicht erheblich, denn in manchen Zweigen der Textilindustrie herrscht ein derart ungünstiger Geschäftsgang, daß immer noch eine Abwanderung in andere Berufe stattfindet. Auch wurden im Laufe des Quartals zwei Betriebe geschlossen, die mehrere hundert Personen beschäftigt hatten. Aus diesen Gründen hat sich auch die Zahl der Arbeitslosen vermehrt, so daß die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung, 627 M., gegenüber dem vorhergehenden Quartal auf das Doppelte gestiegen ist. — Eine Lohnbewegung in einer Ordnungsbehörde brachte nach mehreren Verhandlungen einen die Arbeiter befriedigenden Erfolg. Der Wochenverdienst hat sich dadurch um durchschnittlich 5 M. erhöht. Eine Lohnbewegung in der Uniformfabrik brachte ebenfalls einen annehmbaren Erfolg. Mehrere Lohnbewegungen, die noch nicht abgeschlossen sind, lassen einen günstigen Ausgang erwarten. — In den Tuch- und Papierwebereien ist der Geschäftsgang bestrebend. Die Färbereien und chemischen Waschanstalten haben einen guten Geschäftsgang. Dasselbe gilt für die Strickerie und die Seilerie. Die Lage der Stickerie, der Delatier und der Posamentenbranche ist sehr ungünstig. Die Löhne sind nicht nur in den verschiedenen Branchen sehr unterschiedlich, sondern sie weichen auch in Betrieben ein und derselben Branche stark von einander ab. In manchen gut gehenden Betrieben stehen die Löhne immer noch auf einer unzeitgemäß niedrigen Stufe.

Industrie und Handel.

Es wird verdient!

Die Oberschlesische Eisen-Industrie-A.G., die vor dem Kriege jahrelang dividendenlos geblieben ist und die Eintönigkeit dieses Daseins nur durch seltene Ausschüttungen von 1½ oder 3 Proz. unterbroch, hat ihre Dividende für das Jahr 1915 bereits auf 6 und für 1916 auf 10 Proz. verteilt und präsentiert jetzt ihren Aktionären für das verlossene Geschäftsjahr einen Rohgewinn von 12,6 Millionen Mark — natürlich nach Abzug der 6prozentigen Kriegssteuerverbehalte — und einen Reingewinn von 10 Millionen Mark gegen 7,6 Millionen im Vorjahre. Nach Abschreibungen von 5 Millionen Mark (im Vorjahre 4 Millionen Mark) wird die Ausschüttung einer Dividende von 14 Proz. beantragt. Die der Oberschlesischen Eisenindustriegeellschaft nahestehende Silesia A.G. schlägt eine Dividende von 21 Proz. gegen 18 Proz. im Vorjahre und 7 Proz. im Jahre 1915 vor.

Die glänzenden Abschlüsse der Oberschlesischen Eisenindustrie A.G. und der Oberschlesischen Eisenbedarfs-A.G. beweisen ein Doppeltes: daß die unzureichende Kriegsteuer sehr wohl eine Ergänzung durch eine kräftige Dividendensteuer verträgt und daß die viel beklagten angeblich zu niedrigen Eisen- und Kohlenpreise den Werken zum Schaden des Reichsäckels einen übermäßig guten Nutzen lassen.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Ludwig Löhne A.G. verteilt wieder „nur“ 82 Proz. Dividende auf 10 Mill. Mark Kapital, obwohl der Rohgewinn und Produktion und Beteiligungen von 6,2 Mill. M. auf 7,5 Mill. M. gestiegen ist. Die Maßnahme für die Kriegsgewinnsteuer ist natürlich vorweg abgesetzt. Trotzdem hat der Reingewinn gegen 1914 eine Steigerung von 1,68 Mill. M. erfahren. Gebäude und Grundstücke sind weiter um 2 Mill. M. abgeschrieben worden. Die Gesellschaft weist ein Bankguthaben von 5,3 Mill. M. sowie Effekten und Beteiligungen von 23 Mill. M. aus und hat offene Reserven von 9,5 Mill. M. Der Auftragsbestand im laufenden Jahre ist groß.

Die Fein, Lehmann u. Co. A.G., Eisenkonstruktionen, Brücken- und Signalbau in Berlin hat einen Fabrikationsgewinn von 4 527 712 M. erzielt, gegen 3 715 584 M. im Jahre 1916. Die allgemeinen Geschäfts- und Betriebskosten betragen einschließlich einer Maßnahme für Sicherung der Kriegsträger 2 801 987 (2 189 354) Mark. Die Abschreibungen sind mit 604 825 M. bemessen worden (565 562 M.). Der Reingewinn beträgt 1 484 018 (1 356 551) M. Die Verwaltung schlägt, wie bereits gemeldet, vor, aus dem Ertragnis eine Dividende von 15 Proz. (i. V. 14 Proz.) zu zahlen. Auf Grundstückskonto war ein Zugang von 308 839 M. zum Anlaufe eines an das Reinholdendorfer Grundstück in seiner Länge angrenzenden Terrains zu verzeichnen, durch das im Bedarfsfall ein sozialer Ausbau der Werkstätten ermöglicht ist und 6750 M.

für in Düsseldorf bezahlte Wertzuwachssteuer verwendet. Am Schlusse des Berichts heißt es: „In das laufende Geschäftsjahr sind wir mit einem reichlichen Auftragsbestand eingetreten, so daß wir bisher gut beschäftigt waren; über den weiteren Verlauf zu urteilen ist bei den erschwerten Verhältnissen auf dem Materialmarkt kaum möglich, doch hoffen wir, unseren Aktionären wieder ein angemessenes Ertragnis in Aussicht stellen zu können.“

Gerichtszeitung.

Der Ueberfall im Neuköllner Rathaus.

Zu der Geschichte der Lebensmittellieferanten in Neukölln gehört die Episode, die sich am 25. Juni d. J. im Amtszimmer des Oberbürgermeisters Kaiser in Neukölln abgespielt hat und jetzt die I. Strafkammer des Landgerichts II beschäftigt. Wegen versuchter Beamtentötung und Mißhandlung des Oberbürgermeisters Kaiser habe sich der 35jährige Handwerker Paul Koch zu verantworten. Der Angeklagte hatte schon am 21. Juni bei dem Oberbürgermeister Beschwerde über die Lebensmittellieferanten in Neukölln geführt. Am 25. Juni erschien er nochmals im Rathaus und verlangte den Oberbürgermeister zu sprechen, und zwar allein. Der Oberbürgermeister bestand aber darauf, ihn nur im Gegenwart des Stadtrat Rier anzuhören. Rummel brachte den Angeklagten nochmals befristete Verfügungen über die Lebensmittellieferanten in Neukölln vor, bebathe den Oberbürgermeister, den er für die Zukunft verantwortlich machte, mit Schimpfwörtern und fragte ihn schließlich, ob er abhandeln wolle oder nicht. Als Oberbürgermeister Kaiser nach der Sitzung auf seinem Schreibtisch griff, um einen Beamten zwecks Entfernung des Angeklagten herbeizuladen, wurde der letztere handgreiflich, und es kam zwischen beiden zu einem Handgemenge. Der Angeklagte soll versucht haben, dem Oberbürgermeister an die Gurgel zu springen und ihn zu Boden zu werfen. Dabei kam Koch selbst zu Fall und soll nun seinen Gegner mit den Fäusten vor den Leib gestoßen haben. Oberbürgermeister Kaiser hat dabei Schmerzen erlitten und eine Hautabschürfung an der rechten Hand davongetragen. Als er von Beamten mit Gewalt aus dem Zimmer des Oberbürgermeisters entfernt wurde, soll er, wie die Anklage behauptet, noch geäußert haben: „Hätte ich nur einen Revolver mitgenommen!“ Oberbürgermeister Kaiser, auf dessen Feingebühnenbeobachtung verzichtet worden ist, hat seinerseits den Strafantrag, soweit dies zulässig war, zurückgenommen und erklärt, daß er ein persönliches Interesse an der Verurteilung des Angeklagten nicht habe. Der einmütige Angeklagte wurde von R. A. Wilhelm Liebnach verteidigt. Er gab im allgemeinen den Tatbestand zu, bestritt aber, den Versuch gemacht zu haben, den Oberbürgermeister bei der Gurgel zu packen, ihn vorwärts mit Fäusten zu stoßen und zuletzt die drohende Bemerkung gemacht zu haben. Ebenso habe er nicht die Wucht geholt, den Oberbürgermeister zu niedrigen, sein Amt niederzulassen. Als er bei diesem vorgegriffen, sei er sehr erregt gewesen, da seine Frau sich in höchst unangenehmen Zustände befunden habe und die Lebensmittellieferanten absolut unzureichend gewesen sei. Er habe so gut wie nichts mehr an Lebensmitteln gehabt und habe bei seinem ersten Besuch am 21. Juni im Rathaus den Oberbürgermeister keine tröstlichen Mitteilungen erhalten, sondern im Gegenteil den Hinweis, daß es in den nächsten Tagen mit der Lebensmittellieferantenlage noch schlimmer werden würde. Der Oberbürgermeister habe bei der zweiten Unterredung zum Schluss gesagt, daß der Magistrat von Neukölln für die Zustände nicht verantwortlich sei, sondern die Regierung. Der Angeklagte will durch den Verlauf der Unterhaltung in immer größerer Erregung geraten sein und dem Oberbürgermeister gesagt haben: „Ich habe das Gefühl, daß ein anderer an Ihrer Stelle es besser machen würde.“ Darauf habe der Oberbürgermeister erklärt: „Ich werde Ihnen darauf gleich die Antwort erteilen.“ habe nach dem Mängel-Druckknopf auf seinem Schreibtisch gegriffen und dies habe ihn in eine solche Erregung versetzt, daß es dann zu dem Handgemenge kam. — Der als Zeuge vernommene Stadtrat Rier, der Zeugenrat für die Verhandlung, hielt die Anklage des Angeklagten, daß der Oberbürgermeister abhandeln solle, nicht für eine Drohung, sondern für eine unpassende Kritik. Der Angeklagte sei zweifellos in sehr großer Erregung gewesen, die schließlich wohl beinahe zur Unzurechnungsfähigkeit sich gesteigert habe. Die damaligen Ernährungsverhältnisse in Neukölln seien sehr böse gewesen, die Verteilung sei so außerordentlich schlecht gewesen, daß man im Magistrat sich schon mit dem Gedanken trug, die Küchen zu schließen. Die Not sei bei der Bevölkerung sehr drückend gewesen, so daß Beleidigungen gegen den Magistrat an der Tagesordnung waren und die Leute zu Hunderten jammern auf das Rathaus kamen und um Abhilfe des Zustandes fortläufiger Unterernährung baten. Nichtig sei es auch, daß zahlreiche Frauen sich der Frau Bürgermeister Kaiser begeben hätten und diese sie möglichst zu beruhigen suchte. — Der Anwalt Dr. Vierge hat den Angeklagten 6 Wochen hindurch auf seinen Geisteszustand beobachtet. Er konnte nicht für einen politischen Fanatiker ansprechen, behauptet aber, daß er erblich belastet und ein psychopathischer Charakter sei. § 51 St.G.B. sei nicht anwendbar. — Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen versuchter Tötung fallen und beantragte wegen Körperverletzung mit Mordabsicht auf die große Erregtheit des Angeklagten 300 Mark Geldstrafe. R. A. Liebnach hielt diese Strafe für zu hoch. Das Gericht erachtete die Vernehmung des Oberbürgermeisters Kaiser für notwendig, und da dieser zeitig auf Reisen abwesend ist, wurde die Verhandlung vertagt.

Ein Universitätsprofessor unter der Auflage der Majestätsbeleidigung.

Das Landgericht Königsberg hat am 11. Dezember d. J. den Universitätsprofessor Dr. Friedrich Lejus wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch Abwendung eines Briefes, zu Strafe verurteilt. Ueber die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zu Neustadt. Zur Begründung wurde ausgeführt: Die Feststellung, daß die Äußerung bei dem Briefe erwiehlen sei und daß nicht bloß das Bewußtsein des ehrenwürdigen Charakters, sondern auch die Absicht der Verletzung vorliegt, ferner daß die Willkürlichkeit der Bezeichnung nachgewiesen sei, unterliegt rechtlichen Bedenken nicht, dagegen hat der Senat die Feststellung der Ueberlegung zu beanstanden. Die Feststellung der Ueberlegung ist nicht ausreichend. Es erachtet dem Senat daher angemessen, die Sache an ein anderes Gericht zu verweisen.

Der „Herr Gerichtsvertreter“. In bezug auf unsern Kaufmannsgerichtsbericht in Nr. 88 legt das Abzahlungsgericht E. Gottlieb Gewicht auf die Feststellung, daß die von der Firma für 1800 M. verkauften Möbel nicht zurückgeliefert, sondern von einem Beamten, mit dem sie in keiner Beziehung stand, für 700 M. gekauft und nach erfolgter Auslieferung und einschließlicher Verpackung für die genannte Summe nach auswärts verkauft worden sind.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Sauter, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Engel, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag und Verlagshaus Carl Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Schema 1. Beilage und Unterhaltungsblatt.

Wanzen und Motten mit Brut

werden radikal vernichtet durch Wanzentod Pfeifferol in Flaschen zu 4,50 M., 3,— M., 1,75 M. und 1,— M. und Mottentod Pfeifferol (50 Pf.) überall zu haben. Herr Paul Rades, Drogerie, Curmsstraße 48, schreibt: „Ihr Wanzentod Pfeifferol ist vorzüglich, ein Kunde empfiehlt Ihr Präparat immer dem anderen.“

Kopf- und Haarwasser Pfeifferol gegen Ungezieher für Kinder, Flasche 2,50 M., 1,50 M. u. 75 Pf. Parfüm-Parfums Pfeifferol gegen Ungezieher, Flasche 2,50 M. und 1,50 M. Parfüm-Parfums Pfeifferol gegen Motten, Dose 1,25 M. und 1,— M. Kinderpulver Pfeifferol, bestes Einströmmitel für Kinder. Toilette-Haarwasser Pfeifferol gegen Kopfschmerzen und Schuppen, ein ideales Haarpflegemittel, Flasche 2,50 M.

Apotheker Otto Pfeiffer & Wiegler, A 65, Schulstraße 17. Lieferanten der Deutschen Armee in Tübingen, Ungarn, Ungarn und Drogenmittel.